



Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

Heft Nr. 11/2014–2015

Inhalt	Seite
17. Beitritt zur geänderten Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 24. Oktober 2013 / 21. November 2013.....	611

Inhaltsverzeichnis

17.	Beitritt zur geänderten Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 24. Oktober 2013 / 21. November 2013	
I.	Ausgangslage	611
	1. Allgemeines	611
	2. Anlass für die Revision	612
II.	Erläuterungen der EDK und der GDK zu den einzelnen Bestimmungen	613
III.	Zuständigkeit und Referendum	620
IV.	Finanzielle und personelle Auswirkungen	621
V.	Inkrafttreten	621
VI.	Anträge	621

Botschaft der Regierung an den Grossen Rat

17.

Beitritt zur geänderten Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 24. Oktober 2013/21. November 2013

Chur, den 18. November 2014

Sehr geehrter Herr Landespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend die Botschaft zur geänderten Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 24. Oktober 2013/21. November 2013 (Diplomanerkennungsvereinbarung).

I. Ausgangslage

1. Allgemeines

Die Diplomanerkennungsvereinbarung trat am 1. Januar 1995 in Kraft, nachdem sie am 18. Februar 1993 von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) verabschiedet wurde. Sie regelt die gesamtschweizerische Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen, die nicht dem Bundesrecht unterstellt sind (Maturitäts- und Diplommittelschulabschlüsse, Lehrdiplome und Diplome kantonaler Fachhochschulen), sowie die Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Der freie Zugang zu weiterführenden Schulen soll gefördert und die Qualität der Ausbildungen sichergestellt werden. Alle Kantone sind Mitglieder der Vereinbarung. Der Kanton Graubünden ist ihr am 25. Juni 1995 durch Volksbeschluss beigetreten. Seither

erfolgte eine Revision mit Änderungen vom 16. Juni 2005. Zeitgleich zu dieser Revision schloss sich die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) der Vereinbarung an. Der Bündner Grosse Rat hat auf Antrag der Kommission für Bildung und Kultur diesen Änderungen am 25. April 2006 einstimmig zugestimmt.

2. Anlass für die Revision

Die gegenwärtige, das Register der Gesundheitsfachpersonen der GDK (NAREG) betreffende Rechtsgrundlage wurde bereits 2005 geschaffen, und zwar in Anlehnung an die Rechtsgrundlage der EDK für die interkantonale Liste über Lehrpersonen, denen die Unterrichtsberechtigung entzogen worden ist. Erst danach trat das Medizinalberufegesetz vom 23. Juni 2006 (MedBG; SR 811.11) mit seinen Vorschriften zum Register der universitären Medizinalberufe (MedReg) in Kraft. In Arbeit ist mittlerweile zudem die Schaffung eines Registers der Gesundheitsberufe auf FH-Stufe im Rahmen des im Entwurf vorliegenden Gesundheitsberufegesetzes (GesBG). Im Vergleich zu den vorgenannten Rechtsgrundlagen für das Register zeigt sich, dass die Rechtsgrundlage des NAREG im Interesse einer einheitlichen Registrierung von Gesundheitsfachpersonen sowie aufgrund der veränderten Konzeption des Registers wie folgt zu revidieren ist:

- Die gegenwärtige, das NAREG betreffende interkantonale Rechtsgrundlage muss den Vorschriften des Bundes angepasst werden. Sie ist insbesondere um eine Grundlage für die Erhebung von Registrierungsgebühren sowie die Einführung eines Online-Abfrageverfahrens für Personendaten zu erweitern.
- Zu erlassen sind weiter interkantonale Grundlagen für die Meldepflicht von ausländischen Lehrpersonen (Stellvertreterinnen und Stellvertreter aus dem Ausland ohne Niederlassung in der Schweiz) und von ausländischen Osteopathinnen und Osteopathen. Dies auf Grund der Umsetzung des Bundesgesetzes über die Meldepflicht und die Nachprüfung der Berufsqualifikationen von Dienstleistungserbringerinnen und -erbringern in reglementierten Berufen vom 14. Dezember 2012 (BGMD; SR 935.01).
- Der für die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse zuständige Anerkennungsbehörde soll, wie Privatpersonen, nach Art. 10 Abs. 2 der Diplomanerkennungsvereinbarung ein Rechtsmittel gegen Entscheide der Rekurskommission EDK/GDK zustehen.
- Schliesslich ist eine formell-gesetzliche Grundlage für die gebührenpflichtige Erfassung der Personen einschliesslich der Diplom-, Bewilligungs- und Disziplinardaten zu schaffen. Im Jahr 2005 ging man von der in der interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von

Ausbildungsabschlüssen generell vorgesehenen Finanzierung durch die Kantone aus (Art. 12 Diplomanerkennungsvereinbarung). Aus diesem Grund wurde damals nur eine Gebühr für Auskünfte an Dritte vorgesehen.

Die Plenarversammlungen der EDK und der GDK haben die Änderungen der Diplomanerkennungsvereinbarung am 24. Oktober 2013 bzw. am 21. November 2013 zuhanden der kantonalen Beitrittsverfahren verabschiedet und beantragen den Kantonen, diese zu genehmigen. Um auch weiterhin der Vereinbarung anzugehören, muss der Kanton Graubünden seine Zustimmung zu den Änderungen erklären.

II. Erläuterungen der EDK und der GDK zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 1 Abs. 2

Der Zweckartikel wird in Abs. 2 mit der Grundlage für die Durchführung von Verfahren bezüglich der Meldepflicht von Dienstleistungserbringerinnen und -erbringern gemäss BGMD bzw. Art. 7 der Richtlinie 2005/36/EG ergänzt. Die Meldepflicht betrifft Lehrpersonen bzw. Personen, die im pädagogisch-therapeutischen Bereich tätig sind und als Dienstleistende auftreten sowie dienstleistende Osteopathinnen und Osteopathen.

Art. 6 Abs. 1

Das Anerkennungsreglement der EDK für die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse vom 27. Oktober 2006 wird mit Bestimmungen zum Meldeverfahren ergänzt. Die Verordnung der GDK über die Anerkennung und Nachprüfung ausländischer Berufsqualifikationen in Osteopathie vom 22. November 2012 enthält ebenfalls ergänzende Regelungen zum Verfahren. Der neue Art. 6 Abs. 1 lit. d bietet dazu die notwendigen Rechtsgrundlagen auf interkantonaler Ebene.

Art. 10 Abs. 2

Einträge in die Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung beziehungsweise Einträge in das Register über Gesundheitsfachpersonen stellen keine anfechtbaren Verfügungen dar. Die entsprechenden Einträge begründen gegenüber den vom Eintrag betroffenen Personen keine neuen Rechte und Pflichten, sondern bilden ausschliesslich auf Basis kantonalen Rechts ergangene (rechtskräftige) Entscheide ab. Umgekehrt stellt die Erhebung von Registrierungsgebühren gemäss Art. 12^{ter} Abs. 8 zweifellos eine anfechtbare Verfügung dar. Die Rechtsschutzbestimmung von Art. 10 Abs. 2 Satz 1 der

Diplomanerkennungsvereinbarung ist daher mit dem entsprechenden Tatbestand zu ergänzen.

Mit der Ergänzung von Art. 10 Abs. 2 Satz 3 ist sichergestellt, dass die von einem Entscheid der Rekurskommission EDK/GDK betroffenen Entscheidungsinstanzen von EDK und GDK gegen den konkreten Entscheid beim Schweizerischen Bundesgericht Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten einreichen können. Nebst den spezialgesetzlichen Beschwerdelegitimationen gemäss Art. 89 Abs. 2 des Bundesgerichtsgesetzes vom 17. Juni 2005 (BGG; SR 173.110), können sich auch Gemeinwesen unter bestimmten Umständen auf die allgemeine Legitimationsbestimmung gemäss Art. 89 Abs. 1 BGG berufen. Dies trifft nicht nur dann zu, wenn Gemeinwesen von einem Entscheid gleich oder ähnlich wie Private betroffen sind, sondern auch dann, wenn sie in ihren schutzwürdigen eigenen hoheitlichen Interessen berührt sind (vgl. Seiler, von Werdt, Güngerich, Stämpfli Handkommentar zum Bundesgerichtsgesetz, Kommentar zu Art. 89, S. 365; Basler Kommentar zum Bundesgerichtsgesetz, 2. Auflage 2011, Kommentar zu Art. 89 Abs. 1 Bundesgerichtsgesetz, S. 1196; insbesondere BGE 135 II 12, 15f., E. 1.2.2. und 1.2.3.). Die Kantone sind Gemeinwesen, die basierend auf der Diplomanerkennungsvereinbarung (Interkantonale Vereinbarung mit rechtsetzendem Charakter) im Bereich der Anerkennung von kantonalen Studiengängen (EDK) wie auch im Bereich der Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse (EDK, GDK) von der EDK und der GDK als interkantonale Behörden vertreten werden. EDK und GDK sind somit im Bereich der Diplomanerkennung mit hoheitlichen Befugnissen betraut und mit Bezug auf die Entscheide der Rekurskommission in ihren hoheitlichen Interessen betroffen. Schutzwürdig sind diese Interessen daher, weil die Entscheide der Rekurskommission insofern eine präjudizielle Wirkung haben, als jeder Einzelentscheid sich auf eine Vielfalt gleicher oder ähnlicher Gesuche auswirkt und somit als Präjudiz die Erteilung einer erheblichen Anzahl weiterer Anerkennungen nach sich zieht (vgl. BGE 135 II 12, 15f. E. 1.2.2. und 1.2.3.). Aus all diesen Gründen darf davon ausgegangen werden, dass die Voraussetzungen gegeben sind, dass sich EDK und GDK auf die allgemeine Legitimationsbestimmung gemäss Art. 89 Abs. 1 BGG berufen können, und die explizite Statuierung einer entsprechenden Rechtsmittelbefugnis in Art. 10 der Diplomanerkennungsvereinbarung Art. 89 BGG nicht widerspricht.

Es ist darauf hinzuweisen, dass das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beziehungsweise das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) gegen die Beschwerdeentscheide des Bundesverwaltungsgerichts im Bereich der Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse beim Bundesgericht Beschwerde führen kann. Es wäre absolut unverständlich, wenn den Kantonen bezüglich der

gleichen Thematik (Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen im Rahmen des Vollzugs des FZA) ein entsprechendes Recht verwehrt würde.

Art. 12

In Art. 12 Abs. 2 und 3 wird neu unterschieden zwischen Gebühren für das Ausstellen von Bescheinigungen für die nachträgliche Anerkennung eines altrechtlichen kantonalen Diploms, für Bescheinigungen im Rahmen des Meldeverfahrens, Gebühren in Bezug auf das Register der Gesundheitsfachpersonen der GDK und von Gebühren für Entscheide und Beschwerdeentscheide im Rahmen der Anerkennungsverfahren für Ausbildungsabschlüsse. Als neue Gebühren sind dabei nur die Gebühr für die Bescheinigungen im Rahmen des Meldeverfahrens und die Gebühr für die Erfassung von Daten im Register der GDK (siehe nachfolgende Erläuterungen zu Art. 12^{ter}) zu erwähnen.

Aufgrund der Komplexität einzelner Beschwerden erfolgt eine Anpassung des Gebührenrahmens. Neu sollen für besonders aufwändige Verfahren Gebühren bis zu 3000 Franken (statt 2000 Franken) gesprochen werden können.

Die Kompetenz für die konkrete Festlegung der Gebühren wird in Abs. 4, wie bisher, den Vorständen von GDK (Gebührenverordnung der GDK vom 6. Juli 2006) und EDK (Gebührenreglement der EDK vom 7. September 2006) übertragen. Die Bemessungsgrundsätze werden um das Kriterium des öffentlichen Interesses an der jeweiligen Tätigkeit ergänzt.

Art. 12^{ter}

Abs. 1

In Abs. 1 wird präzisiert, dass nur Inhaberinnen und Inhaber als gleichwertig «anerkannter» ausländischer Abschlüsse im Register zu erfassen sind. Ebenfalls präzisiert wird, dass im Anhang «nichtuniversitäre Ausbildungsabschlüsse» in Gesundheitsberufen aufgeführt werden. Zudem werden neu alle Personen erfasst, die sich nach dem BGMD gemeldet haben.

Abs. 2

In Abs. 2 ist wie bereits bisher vorgesehen, dass die Registerführung auch an Dritte, z.B. an das Schweizerische Rote Kreuz (SRK) übertragen werden kann.

Abs. 3

Der Anhang mit den Ausbildungsabschlüssen in Gesundheitsberufen wird vom Vorstand der GDK bei Bedarf angepasst (zuletzt per 1. Januar 2013). Er führt vorwiegend Ausbildungsabschlüsse auf Stufe Höhere Fachschule auf.

Abs. 4

In Anlehnung an die entsprechenden Bestimmungen des MedBG zum Register der universitären Medizinalberufe sowie des Registers der Gesundheitsberufe auf Fachhochschulstufe im geplanten GesBG wird als zusätzlicher Zweck die Vereinfachung der für die Erteilung kantonaler Berufsausübungsbewilligungen erforderlichen Arbeitsabläufe aufgenommen.

Abs. 5

Analog zu den genannten Bundesgesetzen werden neu auf Stufe Vereinbarung und damit auf Gesetzesstufe nicht mehr die einzelnen zu erfassenden Daten genannt. Vorgesehen ist eine generelle Regelung, wonach das Register diejenigen Daten enthält, die für die Erreichung des in Abs. 5 genannten Zwecks erforderlich sind. Das werden zum einen vor allem die Personen, Abschluss- und Bewilligungsdaten, zum anderen Gründe für den Entzug bzw. die Verweigerung der Berufsausübungsbewilligung sowie Daten zu aufgehobenen Einschränkungen und zu anderen aufsichtsrechtlichen Massnahmen sein (siehe Abs. 7). Da es sich bei letzteren um besonders schützenswerte Personendaten im Sinne der kantonalen Datenschutzgesetze und des Datenschutzgesetzes des Bundes handelt, bedarf es für deren Bearbeitung einer formell-gesetzlichen Grundlage. Ausserdem ist die zur eindeutigen Identifizierung sowie zur Aktualisierung der Daten (Namenswechsel, Tod, etc.) der im Register aufgeführten Personen vorgesehene systematische Verwendung der Versichertennummer im Sinne von Art. 50e Abs. 3 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vom 20. Dezember 1946 (AHVG; SR 831.10) gemäss Art. 50e Abs. 3 AHVG formellgesetzlich auf kantonaler Ebene zu verankern. Die erforderliche Grundlage wird in Abs. 6 Satz 3 geschaffen. Im Übrigen bleibt es der Verordnungsstufe vorbehalten, im Einzelnen die benötigten Daten aufzulisten. So wird das Register mit Bezug auf die selbstständig erwerbenden Gesundheitsfachpersonen auch die Unternehmensidentifikationsnummer (UID) enthalten, die das Bundesamt für Statistik u. a. Personen, die in der Schweiz einen freien Beruf ausüben, zuordnet. Nach Art. 24 Abs. 2 der Verordnung über die Unternehmensidentifikationsnummer vom 26. Januar 2011 (UIDV; SR 431.031) müssen bis Ende 2015 auch die Verwaltungseinheiten der Kantone, die Datensammlungen über selbstständig tätige Gesundheitsfachpersonen, wozu auch die GDK als Registerführerin gehört, die UID als eindeutigen und einheitlichen Unternehmensidentifikator in ihren Datensammlungen führen, anerkennen und im Verkehr mit den UID-Einheiten (selbstständige Gesundheitsfachpersonen) verwenden.

Abs. 6

Neu und in Übereinstimmung mit Abs. 1 wird eingefügt, dass auch die für die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen (Berufsqualifikationen) zuständigen Stellen verpflichtet sind, die anerkannten ausländischen Abschlüsse (Berufsqualifikationen) der registerführenden Stelle unverzüglich mitzuteilen. Ebenfalls und entsprechend Abs. 1 sind die jeweils zuständigen kantonalen Behörden verpflichtet, der registerführenden Stelle alle die Bewilligungen zur Berufsausübung betreffenden Vorgänge von der Erteilung bis zum Entzug sowie jede Änderung und andere aufsichtsrechtliche Massnahmen mitzuteilen. Gleiches gilt für die Meldungen nach dem BGMD. Schliesslich werden die im Register erfassten Personen verpflichtet, dem Register die zur Erfüllung des Registerzwecks notwendigen Daten, z. B. ihre Versicherten- und UID-Nummer mitzuteilen. Soweit das Register nicht bereits durch andere Stellen (z. B. ZAS; Zentrale Ausgleichsstelle, die die AHVN13-Datenbank betreibt) über die entsprechenden Daten verfügt, ist es notwendig, subsidiär die im Register erfassten Gesundheitsfachpersonen zu verpflichten, diese Daten zu liefern. Dies könnte sich bei den bereits im SRK-Register erfassten und ins NAREG migrierten Personen als notwendig erweisen.

Abs. 7

In Anlehnung an die Register der Gesundheitsberufe des Bundes wird neu ein Abrufverfahren vorgesehen. Abrufverfahren, auch «Online-Zugriff» genannt, sind automatisierte Verfahren, mithilfe derer man sich bestimmte Angaben aus einem Datenbestand selber beschaffen kann. Der Online-Zugriff auf Personendaten stellt einen erheblichen Eingriff in die Grundrechte der persönlichen Freiheit und Privatsphäre der betroffenen Person dar. Das Risiko besteht einerseits darin, dass der Empfänger künftig auf Personendaten zugreifen kann, ohne dass die bekanntgebende Behörde davon Kenntnis hat und somit nicht beurteilen kann, ob die personenbezogenen Daten tatsächlich erforderlich waren. Andererseits kann der Empfänger die bezogenen Personendaten für einen anderen als den Zweck, für den sie beschafft wurden, verwenden. Der Online Zugriff auf (besonders schützenswerte) Personendaten bedarf daher einer formell-gesetzlichen Grundlage. Besonders schützenswerten Personendaten (z. B. Disziplinar massnahmen oder die Gründe für den Entzug oder die Verweigerung einer Bewilligung), sind überdies nur den zuständigen kantonalen Behörden und nur über geschützte Datenverbindungen zugänglich. Das gilt ebenfalls für die im NAREG in Anlehnung an das Medizinalberuferegister vorgesehene Versichertennummer. Diese darf nur den kantonalen Bewilligungsbehörden sowie der registerführenden Stelle selbst zugänglich sein, da Art. 50f AHVG deren Bekanntgabe beim Vollzug (inter)kantonalen Rechts nur erlaubt, wenn keine offensicht-

lich schutzwürdigen Interessen der betroffenen Person entgegenstehen und die Datenbekanntgabe an den Empfänger für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben unentbehrlich ist. Zur korrekten Führung des Registers sind die registerführende Stelle ebenso wie die kantonalen Bewilligungsstellen auf eine eindeutige Identifizierung der im Register aufgeführten Personen mittels der Versichertennummer zwingend angewiesen. Alle anderen Daten, und zwar auch der Entzug, die Verweigerung sowie Einschränkungen der Bewilligung sind öffentlich (im Abrufverfahren) zugänglich (Satz 4).

Abs. 8

Art. 12 Abs. 2 beinhaltet die formellgesetzliche Grundlage für die Erhebung von Gebühren für das Erfassen der zur Führung des Registers notwendigen Daten. Der Vorstand der GDK hat im März 2012 im Grundsatz befürwortet, dass der Betrieb des Registers möglichst kostendeckend und damit weitestgehend durch Gebühren der dort registrierten Personen finanziert werden soll, wie das heute bereits in Bezug auf das Register des SRK der Fall ist, das durch das NAREG abgelöst werden wird. Da künftig nur für das Erfassen der Daten im Register Gebühren verlangt werden sollen, nicht jedoch für den neu vorgesehenen, zudem technisch und kostenmässig aufwändigeren Online-Zugriff auf die im Register enthaltenen Daten, werden die bisher vom SRK verlangten Gebühren für die Datenerfassung nicht mehr ausreichen, um das Register zu führen, zumal im neuen aktiven Register nicht nur Personen- und Diplomdaten, sondern zusätzlich die Bewilligungs- und aufsichtsrechtlichen Daten zu erfassen sein werden. Werden letztere Daten von den Kantonen selbst im Register erfasst, stehen diesen auch allfällige Gebühren zu, die sie z. B. im Rahmen von Bewilligungsverfahren erheben. Ebenso wenig wird die registerführende Stelle Gebühren für die Migration von Daten aus dem SRK-Register ins NAREG erheben, da die dort registrierten Personen bereits eine Gebühr für ihre Erfassung entrichtet haben. Ausserdem wird neu der Kreis der registrierungspflichtigen Personen um die nach Bundesrecht (BGMD) gemeldeten 90-Tage Dienstleistungserbringenden erweitert. Daher wird in der Vereinbarung ein Rahmen für die Erhebung von Registrierungsgebühren von 100 Franken bis höchstens 1000 Franken festgelegt. Die Vereinbarung muss zudem den Kreis der Gebührenpflichtigen, den Gegenstand und die Bemessungsgrundlagen selbst definieren. Die Gebühr ist von den Personen zu entrichten, die im Register erfasst werden. Gegenstand der Gebühr ist die Erfassung aller Daten, die im Hinblick auf die mit dem Register verfolgten Zwecke (Abs. 4) notwendig sind. Die in Art. 12 Abs. 2 (bisher in Art. 12^{ter} Abs. 7) vorgesehene Gebühr für Auskünfte aus dem Register bezieht sich auf die Daten, die weiterhin nur im Einzelfall auf ein Auskunftersuchen hin aus dem (beim SRK in Papierform geführten Register) erhältlich sein werden. Dieses Register enthält die

Diplom- und Personendaten der bis zum Jahr 2000 registrierten Personen, die das SRK nicht in seine elektronische Datenbank übernommen hat. Aus Kostengründen wird auch im NAREG (vorerst) von einer Übernahme dieser Daten in elektronischer Form abgesehen, so dass diese nicht online abrufbar sein werden. Die daher in diesen Fällen weiterhin erforderliche Auskunftserteilung verursacht einen personellen Aufwand, der durch eine bei den Auskunftersuchenden zu erhebende Gebühr im genannten Rahmen zu decken ist. Der Vorstand der GDK hat wie bisher die Kompetenz, die konkreten Gebührentarife in der Gebührenverordnung der GDK vom 6. Juli 2006 nach Zeit- und Arbeitsaufwand festzulegen (siehe Art. 12 Abs. 4).

Abs. 9

Abs. 9 regelt das generelle Löschen von Daten in Anlehnung an die entsprechenden Regelungen des Bundes. Spätestens mit der behördlichen Meldung ihres Ablebens werden alle eine Person betreffenden Daten aus dem Register entfernt oder anonymisiert.

Vor diesem generellen Lösungszeitpunkt richten sich die Fristen zur endgültigen Entfernung bzw. Sperrung von Einträgen für die Öffentlichkeit im Sinne der Verhältnismässigkeit nach der Schwere des Verstosses. Sanktionen für leichtere Verstösse gegen gesetzliche Vorschriften werden fünf Jahre nach ihrer Anordnung aus dem Register entfernt, während z. B. der Eintrag eines befristeten Berufsausübungsverbotes als Folge eines gravierenden Verstosses analog zur entsprechenden Vorschrift im MedBG (Art. 54 Abs. 2) nicht definitiv aus dem Register entfernt, sondern nur mit dem Vermerk «gelöscht» versehen wird. Das bedeutet, dass nur der öffentliche Zugriff auf diese Daten gesperrt ist, damit im Sinne des Patientenschutzes diese Daten als Entscheidungsgrundlage für die Bewilligungs- und Aufsichtsbehörden ersichtlich bleiben.

Die bisherigen Abs. 9 und 10 werden unverändert in die neuen Abs. 10 und 11 übernommen.

III. Zuständigkeit und Referendum

Im Zusammenhang mit der Teilrevision der Diplomanerkennungsvereinbarung stellt sich die Frage, wer im Kanton Graubünden für die Genehmigung dieser Teilrevision zuständig ist. Nach Art. 45 Abs. 2 der Kantonsverfassung vom 14. September 2003 (KV; BR 110.100) ist die Regierung für das Aushandeln von interkantonalen und internationalen Verträgen und, soweit sie in ihre Verordnungskompetenz fallen, auch für deren Abschluss zuständig. Nach Art. 32 Abs. 2 KV genehmigt der Grosse Rat die interkantonalen und internationalen Verträge, soweit nicht die Regierung zum alleinigen Abschluss befugt ist. Diese Zuständigkeitsordnung gilt auch für die Änderung oder die Kündigung von interkantonalen Vereinbarungen. Die Regierung ist nach Art. 45 Abs. 2 KV dann zum alleinigen Abschluss von solchen Vereinbarungen befugt, wenn dieser in ihre Verordnungskompetenz fällt. In die Verordnungskompetenz der Regierung fallen gemäss Art. 45 Abs. 1 KV der Erlass weniger wichtiger Bestimmungen. Nach Art. 31 Abs. 1 KV hat der Grosse Rat aber alle wichtigen Bestimmungen in der Form eines Gesetzes zu erlassen.

Mit der Teilrevision der Diplomanerkennungsvereinbarung werden die Rechtsschutzbestimmungen erheblich verändert. Die Schaffung einer Behördenbeschwerde verschlechtert die Rechtsschutzposition der Privaten. Weiter handelt es sich bei den neuen Gebührentatbeständen in Art. 12 um wichtige Tatbestände, denn das Legalitätsprinzip im Abgaberecht fordert bezüglich Gebühren, dass der Kreis der Pflichtigen, der Gegenstand und die Bemessungsgrundlagen in einem formellen Gesetz geregelt werden. Als eine weitere wichtige Bestimmung zu qualifizieren ist Art. 12^{ter}, welcher zum einen eine Erweiterung des Registers auf eine neue Personengruppe vorsieht (Abs. 1), zum andern neu ein Abrufverfahren vorsieht (Abs. 7), das einen erheblichen Eingriff in die Grundrechte der persönlichen Freiheit und Privatsphäre der betroffenen Personen darstellt. Insgesamt kann gesagt werden, dass die Revisionsvorlage wichtige Bestimmungen von Gesetzesrang im Sinne von Art. 31 Abs. 2 KV beinhaltet, weshalb der Grosse Rat für die Genehmigung zuständig ist.

Wenn 1500 Stimmberechtigte oder ein Zehntel der Gemeinden es verlangen, werden Abschluss Änderung oder Kündigung von interkantonalen und internationalen Verträgen mit gesetzesänderndem Inhalt der Volksabstimmung unterstellt (Art. 17 Abs. 1 Ziff. 2 KV). Wie bereits ausgeführt, können die geänderten wichtigen Bestimmungen als gesetzesändernd qualifiziert werden. Demzufolge unterliegt die Revision der Diplomanerkennungsvereinbarung dem fakultativen Referendum.

IV. Finanzielle und personelle Auswirkungen

Die Revision der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen hat keine finanziellen oder personellen Auswirkungen auf den Kanton Graubünden.

V. Inkrafttreten

Der Vorstand der EDK setzt die Änderungen der Vereinbarung in Kraft, wenn ihr sämtliche Vereinbarungskantone beigetreten sind.

VI. Anträge

Gestützt auf diese Botschaft beantragen wir Ihnen:

1. auf die Vorlage einzutreten;
2. den Änderungen vom 24. Oktober 2013/21. November 2013 der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsbeschlüssen vom 18. Februar 1993 gemäss beiliegendem Beschlussentwurf zuzustimmen.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Landespräsident, sehr geehrte Damen und Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Regierung
Der Präsident: *Cavigelli*
Der Kanzleidirektor: *Riesen*

Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993

Änderung vom ...

Der Grosse Rat des Kantons Graubünden,

gestützt auf Art. 31 Abs. 2 der Kantonsverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft der Regierung vom ...,

beschliesst:

I.

Der Beschluss vom 27. Februar 1995/25. April 2006 betreffend Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 wird wie folgt geändert:

Ziffer 1a

Der Kanton Graubünden genehmigt die Änderungen vom 24. Oktober 2013/ 21. November 2013 der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993.

II.

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

4.1.1.

**Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und
-direktoren (GDK)¹**

**Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von
Ausbildungsabschlüssen**

Vom 18. Februar 1993

Art. 1 Zweck

¹Die Vereinbarung regelt die Anerkennung kantonaler Ausbildungsabschlüsse, die Führung einer Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung sowie eines Registers über Gesundheitsfachpersonen.²

²Sie regelt in Anwendung nationalen und internationalen Rechts die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse³ sowie die Umsetzung der Meldepflicht von Dienstleistungserbringerinnen und -erbringern.⁴

³Sie fördert den freien Zugang zu weiterführenden Schulen und zur Berufsausübung. Sie hilft mit, die Qualität der Ausbildungen für die gesamte Schweiz sicherzustellen.

⁴Sie bildet die Grundlage für Vereinbarungen zwischen Bund und Kantonen gemäss Artikel 16 Absatz 2 des Fachhochschulgesetzes des Bundes.⁵

¹ Änderung vom 16. Juni 2005

² Änderung vom 16. Juni 2005

³ Änderung vom 16. Juni 2005

⁴ Änderung vom 24. Oktober 2013/21. November 2013

⁵ Änderung vom 16. Juni 2005

Art. 2 Geltungsbereich

¹Die Vereinbarung gilt für alle Ausbildungen und Berufe, deren Regelung in die Zuständigkeit der Kantone fällt.

Art. 3 Zusammenarbeit mit dem Bund¹

¹In den Bereichen, in denen sowohl der Bund wie die Kantone zuständig sind, sind gemeinsame Lösungen anzustreben.

²Die Zusammenarbeit mit dem Bund erfolgt insbesondere in den Bereichen

- a. Anerkennung der Maturität (allgemeine Hochschulreife),
- b. Anerkennung der Fachmaturität im Besonderen und der Fachhochschulreife im Allgemeinen,
- c. Anerkennung der Lehrdiplome für Berufsfachschulen,
- d. Festlegung der Grundsätze für das Angebot an Diplomstudiengängen im Fachhochschulbereich und
- e. Mitsprache und Mitwirkung der Kantone in internationalen Angelegenheiten.

³Die Zuständigkeit für den Abschluss von Vereinbarungen gemäss Artikel 1 Absatz 4 liegt bei der Plenarversammlung der EDK. Im Bereich der Gesundheitsberufe ist die GDK in die Verhandlungen zum Abschluss einer Vereinbarung einzubeziehen.

Art. 4 Anerkennungsbehörde

¹Anerkennungsbehörde ist die EDK. Die GDK anerkennt Ausbildungsabschlüsse in ihrem Zuständigkeitsbereich, sofern nicht der Bund zuständig ist.²

²Jeder Kanton, der der Vereinbarung beitrifft, hat eine Stimme. Die übrigen Kantone haben beratende Stimme.

Art. 5 Vollzug der Vereinbarung

¹Die EDK vollzieht die Vereinbarung.

¹ Änderung vom 16. Juni 2005

² Änderung vom 16. Juni 2005

²Sie arbeitet dabei zusammen mit dem Bund und mit der Schweizerischen Universitätskonferenz in allen Fragen der universitären Ausbildungsabschlüsse.¹

³Die GDK vollzieht die Vereinbarung in ihrem Zuständigkeitsbereich. Sie kann den Vollzug an Dritte übertragen; in jedem Fall obliegt ihr die Oberaufsicht.²

Art. 6 Anerkennungsreglemente

¹Anerkennungsreglemente legen für einzelne Ausbildungsabschlüsse oder für Gruppen verwandter Ausbildungsabschlüsse insbesondere fest:

- a. die Voraussetzungen der Anerkennung (Artikel 7),
- b. das Anerkennungsverfahren,
- c. die Voraussetzungen für die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse und
- d. das Verfahren betreffend die Meldepflicht und die Nachprüfung der Berufsqualifikationen von Dienstleistungserbringerinnen und -erbringern.³

²Die Anerkennungsbehörde erlässt nach Anhören der unmittelbar beteiligten Berufsorganisationen und Berufsverbände das Anerkennungsreglement. Im Fall einer Delegation des Vollzugs gemäss Artikel 5 Absatz 3 obliegt ihr die Genehmigung des Anerkennungsreglements.

³Das Anerkennungsreglement, bzw. dessen Genehmigung, bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder der zuständigen Anerkennungsbehörde.

Art. 7 Anerkennungsvoraussetzungen

¹Die Anerkennungsvoraussetzungen nennen die minimalen Anforderungen, denen ein Ausbildungsabschluss genügen muss. Schweizerische Ausbildungs- und Berufsstandards sowie allenfalls internationale Anforderungen sind dabei in angemessener Weise zu berücksichtigen.

¹ Änderung vom 16. Juni 2005

² Änderung vom 16. Juni 2005

³ Änderung vom 24. Oktober 2013/21. November 2013

²Die folgenden Anforderungen sind zwingend festzuhalten:

- a. die mit dem Abschluss ausgewiesene Qualifikation und
- b. das Prüfungsverfahren für diese Qualifikation.

³Weitere Anforderungen können festgehalten werden, wie:

- a. die Dauer der Ausbildung,
- b. die Zulassungsvoraussetzungen zur Ausbildung,
- c. die Lehrgegenstände und
- d. die Qualifikation des Lehrpersonals.

Art. 8 Wirkungen der Anerkennung

¹Die Anerkennung weist aus, dass der Ausbildungsabschluss den in dieser Vereinbarung und im betreffenden Anerkennungsreglement festgelegten Voraussetzungen entspricht.

²Die Vereinbarungskantone gewähren den Inhabern und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses den gleichen Zugang zu kantonal reglementierten Berufen wie den entsprechend diplomierten Angehörigen des eigenen Kantons.

³Die Vereinbarungskantone lassen Inhaber und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses unter den gleichen Voraussetzungen zu weiterführenden Schulen zu wie entsprechend diplomierte Angehörige des eigenen Kantons. Vorbehalten bleiben die Aufnahmekapazität der Schulen und angemessene finanzielle Abgeltungen.

⁴Inhaber und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses sind berechtigt, einen entsprechenden geschützten Titel zu tragen, sofern das Anerkennungsreglement dies ausdrücklich vorsieht.

Art. 9 Dokumentation, Publikation

¹Die EDK führt eine Dokumentation über die anerkannten Ausbildungsabschlüsse.

²Die Vereinbarungskantone verpflichten sich, die Anerkennungsreglemente in den amtlichen Publikationsorganen zu veröffentlichen.

Art. 10 Rechtsschutz¹

¹Über die Anfechtung von Reglementen und Entscheiden der Anerkennungsbehörden durch einen Kanton und über andere Streitigkeiten zwischen den Kantonen entscheidet auf Klage hin das Bundesgericht gemäss Artikel 120 des Bundesgerichtsgesetzes².

²Gegen Entscheide der Anerkennungsbehörden sowie gegen Entscheide betreffend die Gebühren gemäss Artikel 12ter Absatz 8 kann von betroffenen Privaten binnen 30 Tagen seit Eröffnung bei einer vom Vorstand der jeweiligen Konferenz eingesetzten Rekurskommission schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden. Die Vorschriften des Verwaltungsgerichtsgesetzes³ finden sinngemäss Anwendung. Entscheide der Rekurskommissionen können von den Anerkennungsbehörden wie auch von den betroffenen Privaten gestützt auf die Artikel 82ff des Bundesgerichtsgesetzes⁴ beim Bundesgericht mit Beschwerde angefochten werden.⁵

³Der Vorstand der jeweiligen Konferenz regelt die Zusammensetzung und die Organisation der Rekurskommission in einem Reglement.

Art. 11 Strafbestimmung

Wer einen im Sinne von Artikel 8 Absatz 4 geschützten Titel führt, ohne über einen anerkannten Ausbildungsabschluss zu verfügen, oder wer einen Titel verwendet, der den Eindruck erweckt, er habe einen anerkannten Ausbildungsabschluss erworben, wird mit Haft oder Busse bestraft. Fahrlässigkeit ist strafbar. Die Strafverfolgung obliegt den Kantonen.

¹ Änderung vom 16. Juni 2005

² Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (Bundesgerichtsgesetz, BGG); SR 173.110

³ Bundesgesetz über das Bundesverwaltungsgericht vom 17. Juni 2005 (Verwaltungsgerichtsgesetz, VGG); SR 173.32

⁴ Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 17. Juni 2005 (Bundesgerichtsgesetz, BGG); SR 173.110

⁵ Änderung vom 24. Oktober 2013/21. November 2013

Art. 12 Kosten und Gebühren¹

¹Die Kosten, die sich aus dieser Vereinbarung ergeben, werden unter Vorbehalt von Absätzen 2, 3 und 4 von den Vereinbarungskantonen nach Massgabe der Einwohnerzahl getragen.

²Für das Ausstellen von Bescheinigungen über die nachträgliche gesamtschweizerische Anerkennung eines kantonalen Diploms und von Bescheinigungen im Zusammenhang mit der Meldepflicht der Dienstleistungserbringerinnen und -erbringer sowie für die Erfassung der gemäss Artikel 12ter Absatz 5 notwendigen Daten und für die Erteilung von Auskünften aus dem Register der Gesundheitsfachpersonen gemäss Artikel 12^{ter} Absatz 8 können Gebühren in der Höhe von mindestens CHF 100.– bis höchstens CHF 1000.– erhoben werden.

³Für Entscheide und Beschwerdeentscheide betreffend

- a. die nachträgliche gesamtschweizerische Anerkennung eines kantonalen Diploms,
- b. die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse,
- c. die Meldepflicht für Dienstleistungserbringerinnen und -erbringer und
- d. die Nachprüfung der beruflichen Qualifikationen der Dienstleistungserbringerinnen und -erbringer

können Gebühren in der Höhe von mindestens CHF 100.– bis höchstens CHF 3000.– erhoben werden.

⁴Der Vorstand der jeweiligen Konferenz legt die einzelnen Entscheidunggebühren in einem Gebührenreglement fest. Sie bemisst sich nach dem jeweiligen Zeit- und Arbeitsaufwand sowie nach dem öffentlichen Interesse an der jeweiligen Tätigkeit.

Art. 12^{bis} Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung²

¹Die EDK führt eine Liste über Lehrpersonen, denen im Rahmen eines kantonalen Entscheides die Unterrichtsberechtigung oder die Berufsausübungsbewilligung entzogen wurde. Die Kantone sind verpflichtet, die Personendaten gemäss Absatz 2 dem Generalsekretariat der EDK nach Rechtskraft des entsprechenden Entscheides mitzuteilen.

¹ Änderung vom 24. Oktober 2013/21. November 2013

² Änderung vom 16. Juni 2005

²Die Liste enthält den Namen der Lehrperson, das Datum des Diploms oder der Berufsausübungsbewilligung, das Datum der Entzugsverfügung, die Entzugsbehörde und die Dauer des Entzugs gegebenenfalls das Datum des Entzugs des Lehrdiploms. Kantonale und kommunale Behörden im Bildungsbereich erhalten auf schriftliche Anfrage hin Auskunft über eine allfällige Eintragung, wenn sie ein berechtigtes Interesse nachweisen und sich die Anfrage auf eine bestimmte Person bezieht.

³Den betroffenen Lehrpersonen wird vom Eintrag und von der Löschung des Eintrags Kenntnis gegeben. Das Einsichtsrecht der betroffenen Lehrperson ist jederzeit gewährleistet.

⁴Nach Ablauf der Entzugsdauer, bei Wiedererteilung der Unterrichtsberechtigung oder nach Vollendung des 70. Altersjahrs wird der Eintrag gelöscht.

⁵Betroffene Lehrpersonen können sich gegen den Listeneintrag innert 30 Tagen seit Zustellung des Eintragungsbescheides bei der Rekurskommission gemäss Artikel 10 Absatz 2 schriftlich und begründet beschweren.

⁶Im Übrigen finden die Grundsätze des Datenschutzrechtes des Kantons Bern sinngemäss Anwendung.

Art. 12^{ter} Register über Gesundheitsfachpersonen¹

¹Die GDK führt ein Register über die Inhaberinnen und Inhaber von inländischen, im Anhang zu dieser Vereinbarung aufgeführten nichtuniversitären Ausbildungsabschlüssen in Gesundheitsberufen sowie die Inhaberinnen und Inhaber entsprechender als gleichwertig anerkannter ausländischer Ausbildungsabschlüsse. Das Register erfasst ausserdem Personen, die sich nach dem BGMD² gemeldet haben und über den Abschluss in einem Beruf gemäss Anhang verfügen.

²Die GDK kann die Führung des Registers an Dritte delegieren.

³Der Vorstand der GDK passt den Anhang jeweils dem neuesten Stand an.

¹ Änderung vom 24. Oktober 2013/21. November 2013

² Bundesgesetz über die Meldepflicht und die Nachprüfung der Berufsqualifikationen von Dienstleistungserbringerinnen und -bringern in reglementierten Berufen (BGMD)

⁴Das Register dient dem Schutz und der Information von Patientinnen und Patienten, der Information von in- und ausländischen Stellen, der Qualitätssicherung sowie zu statistischen Zwecken. Es dient ausserdem der Vereinfachung der für die Erteilung der Berufsausübungsbewilligungen notwendigen Abläufe.

⁵Das Register enthält die Daten, die zur Erreichung des Zwecks nach Absatz 4 benötigt werden. Dazu gehören auch die in Absatz 7 Satz 2 genannten besonders schützenswerte Personendaten. Im Register wird ebenfalls die Versichertennummer gemäss Artikel 50e Absatz 3 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946¹ über die Alters- und Hinterlassenenversicherung zur eindeutigen Identifizierung der im Register aufgeführten Personen sowie der Aktualisierung der Personendaten systematisch verwendet. Der Vorstand der GDK erlässt nähere Bestimmungen.

⁶Die für die Erteilung von inländischen und die für die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen zuständigen Stellen teilen der registerführenden Stelle unverzüglich jeden erteilten bzw. anerkannten Ausbildungsabschluss mit. Die zuständigen kantonalen Behörden teilen der registerführenden Stelle unverzüglich die Erteilung, die Verweigerung, den Entzug und jede Änderung der Bewilligung zur Berufsausübung, namentlich jede Einschränkung der Berufsausübung, jede andere aufsichtsrechtliche Massnahme sowie die Personen mit, die sich nach dem BGMD gemeldet haben und ihre Tätigkeit ausüben dürfen. Die in Absatz 1 genannten Personen liefern der registerführenden Stelle alle im Sinne des Absatzes 5 erforderlichen Daten, soweit sie über diese verfügen und nicht andere Stellen zur Datenlieferung verpflichtet sind.

⁷Die im Register enthaltenen Daten werden durch ein Abrufverfahren bekannt gegeben. Gründe für den Entzug beziehungsweise die Verweigerung der Berufsausübungsbewilligungen sowie Daten zu aufgehobenen Einschränkungen und zu anderen aufsichtsrechtlichen Massnahmen stehen nur den für die Erteilung von Berufsausübungsbewilligungen sowie den für die Aufsicht zuständigen Behörden zur Verfügung. Die Versichertennummer steht nur der registerführenden Stelle sowie den für die Erteilung von Berufsausübungsbewilligungen zuständigen Behörden zur Verfügung. Alle anderen Daten sind öffentlich zugänglich.

⁸Für die Erfassung der nach Absatz 5 notwendigen Daten werden bei den in Absatz 1 genannten Personen, für die Erteilung von Auskünften an Private und ausserkantonale Stellen von den Auskunftersuchenden Gebühren gemäss Artikel 12 erhoben.

¹ SR 831.10

⁹Alle Einträge zu einer Person werden aus dem Register entfernt, sobald eine Behörde deren Ableben meldet. Die Daten können danach in anonymisierter Form für statistische Zwecke verwendet werden. Der Eintrag von Verwarnungen, Verweisen und Bussen wird fünf Jahre nach ihrer Anordnung, der Eintrag von Einschränkungen der Bewilligung fünf Jahre nach deren Aufhebung entfernt. Beim Eintrag eines befristeten Berufsausübungsverbotens wird zehn Jahre nach seiner Aufhebung im Register der Vermerk „gelöscht“ angebracht.

¹⁰Das Einsichtsrecht der betroffenen Gesundheitsfachpersonen ist jederzeit gewährleistet.

¹¹Im Übrigen finden die Grundsätze des Datenschutzrechtes des Kantons Bern sinngemäss Anwendung.

Art. 13 Beitritt/Kündigung

¹Der Beitritt zu dieser Vereinbarung wird dem Vorstand der EDK gegenüber erklärt. Dieser teilt die Beitrittserklärung dem Bundesrat mit.

²Die Vereinbarung kann je auf Ende eines Kalenderjahres, unter Beachtung einer Frist von drei Jahren, gekündigt werden.

Art. 14 In-Kraft-Treten

Der Vorstand der EDK setzt die Vereinbarung in Kraft, wenn ihr mindestens 17 Kantone beigetreten sind und wenn sie vom Bund genehmigt worden ist.

Bern, 18. Februar 1993

Im Namen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

Der Präsident:
Peter Schmid

Der Generalsekretär:
Moritz Arnet

Von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren im Einvernehmen mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren¹ und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren² beschlossen.

Die Genehmigung des Bundes (Eidgenössisches Departement des Innern) erfolgte am 24. November 1994.

Die Vereinbarung ist am 1. Januar 1995 in Kraft getreten.

Der Vereinbarung gehören alle Kantone an (Stand August 1997).

Änderungen vom 16. Juni 2005

Die Änderungen wurden von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren im Einvernehmen mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren beschlossen.

Der Vorstand der EDK setzt die Änderung der Vereinbarung in Kraft, wenn ihr sämtliche Vereinbarungskantone beigetreten sind. Sie ist dem Bund zur Kenntnis zu geben.

Bern, 16. Juni 2005

Im Namen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

Der Präsident:

Hans Ulrich Stöckling

Der Generalsekretär:

Hans Ambühl

¹ Änderung vom 16. Juni 2005

² Änderung vom 16. Juni 2005

Die Änderungen vom 16. Juni 2005 sind am 1. Januar 2008 in Kraft getreten.

Änderungen vom 24. Oktober/21. November 2013

Die Änderungen wurden von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (24. Oktober 2013) und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (21. November 2013) beschlossen.

Der Vorstand der EDK setzt die Änderung der Vereinbarung in Kraft, wenn ihr sämtliche Vereinbarungskantone beigetreten sind. Sie ist dem Bund zur Kenntnis zu geben.

Braunwald, 24. Oktober 2013

Im Namen der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren

Die Präsidentin:
Isabelle Chassot

Der Generalsekretär:
Hans Ambühl

Anhang¹

Anhang gemäss Artikel 12^{ter} Absatz 1 IKV:

Osteopathin und Osteopath mit interkantonalem Diplom GDK
Diplomierte Logopädin und diplomierter Logopäde (EDK)
Ernährungsberaterin und Ernährungsberater FH*
Ergotherapeutin und Ergotherapeut FH*
Hebamme FH*
Physiotherapeutin und Physiotherapeut FH*
Pflegefachfrau und Pflegefachmann (HF/FH*)
Aktivierungsfachfrau und Aktivierungsfachmann HF
Biomedizinische Analytikerin und biomedizinischer Analytiker HF
Dentalhygienikerin und Deantalhygieniker HF
Drogistin und Drogist HF
Fachfrau und Fachmann für medizinisch-technische Radiologie HF/Bachelor of Science HES-SO en Technique en radiologie médicale* **
Fachfrau und Fachmann Operationstechnik HF
Orthoptistin und Orthoptist HF
Podologin und Podologe HF
Rettungssanitäterin und Rettungssanitäter HF
Medizinische Masseurin und medizinischer Masseur mit eidg. Fachausweis
Augenoptikerin und Augenoptiker EFZ
Gesundheitsschwester und Gesundheitspfleger* ***

¹ Beschluss der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren vom 8. März 2012; Inkrafttreten per 1. Januar 2013

* Erfassung aktuell nur im Register des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK)

** Bis zum Beginn des Wintersemesters 2014/15 befristet bewilligter, z.Zt. ausschliesslich an der Fachhochschule Westschweiz (HES-SO) angebotener Studiengang.

*** Erteilung von Diplomen läuft Ende 2013 aus

Participaziun dal chantun Grischun a la cunvegna interchantunala davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun dals 18 da favrer 1993

Midada dals ...

Il cussegl grond dal chantun Grischun,

sa basond sin l'art. 31 al. 2 da la constituziun chantunala, suenter avoir gi invista da la missiva da la regenza dals ...,

concluda:

I.

Il conclus dals 27 da favrer 1995/25 d'avrigl 2006 concernent la participaziun dal chantun Grischun a la cunvegna interchantunala davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun dals 18 da favrer 1993 vegn midà sco suonda:

Cifra 1a

Il chantun Grischun approvescha las midadas dals 24 d'october 2013/21 da november 2013 da la cunvegna interchantunala davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun dals 18 da favrer 1993.

II.

Quest conclus è suttamess al referendum facultativ.

4.1.1.

Conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica (CDEP)
Conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da sanadad (CDS)¹

Cunvegna interchantunala davart la renconuschientscha da certificats da scolaziun

dals 18 da favrer 1993

Art. 1 Intent

¹Questa cunvegna regla la renconuschientscha da certificats da scolaziun chantunals, l'administraziun d'ina glista da personas d'instrucziun senza permissiun d'instruir sco er in register davart personas spezialisadas dal sector da la sanadad.²

²Applitgond il dretg naziunal ed internaziunal regla ella la renconuschientscha da certificats da scolaziun esters³ sco er la realisaziun da l'obligaziun d'annunzia da furnituras e furniturs da servetschs.⁴

³Ella promova l'access liber a scolas che mainan vinavant ed a la pratica da la professiun. Ella gida a garantir la qualidad da las scolaziuns per l'entira Svizra.

⁴Ella furma la basa per cunvegnas tranter la confederaziun ed ils chantuns tenor l'artitgel 16 alinea 2 da la lescha federala davart las scolas autas spezialisadas.⁵

¹ midada dals 16 da zercladur 2005

² midada dals 16 da zercladur 2005

³ midada dals 16 da zercladur 2005

⁴ midada dals 24 d'october 2013/21 da november 2013

⁵ midada dals 16 da zercladur 2005

Art. 2 Champ d'applicaziun

¹Questa cunvegna vala per tut las scolaziuns e per tut las professiuns, da las qualas la regulaziun appartegna al champ da cumpetenzza dals chantuns.

Art. 3 Collavuraziun cun la confederaziun¹

¹Per ils secturs, per ils quals èn cumpetents tant la confederaziun sco er ils chantuns, ston vegnir tshertgadas soluziuns cuminaivlas.

²La collavuraziun cun la confederaziun succeda en spezial en ils secturs:

- a. da la renconuschientscha da la maturitad (maturitad generala per la scola auta);
- b. da la renconuschientscha da la maturitad spezialisada en spezial e da la maturitad generala per la scola auta spezialisada en general;
- c. da la renconuschientscha dals diploms d'instrucziun per scolas professiunalas spezialisadas;
- d. da la fixaziun dals princips per porscher studis per in diplom en il sector da las scolas autas spezialisadas; e
- e. da la cogestiun e da la collavuraziun dals chantuns tar dumondas internaziunalas.

³La cumpetenzza per far cunvegnas tenor l'artitgel 1 alinea 4 è chausa da la radunanza plenara da la CDEP. Tar las professiuns dal sector da sanadad sto vegnir integrada la CDS en las tractativas per far ina cunvegna.

Art. 4 Autoritad da renconuschientscha

¹L'autoritad da renconuschientscha è la CDEP. La CDS renconuscha certificats da scolaziun en ses sector da cumpetenzza, nun che la confederaziun saja cumpetenta.²

²Mintga chantun che fa part da la cunvegna ha ina vusch. Tschels chantuns han vuschs consultativas.

¹ midada dals 16 da zercladur 2005

² midada dals 16 da zercladur 2005

Art. 5 Execuziun da la cunvegna

¹La CDEP exequescha la cunvegna.

²En quest connex collavura ella cun la confederaziun e cun la conferenza universitara svizra en tut las dumondas dals certificats da scolaziun universitars.¹

³La CDS exequescha la cunvegna en ses champ da cumpetenzza. Ella po surdar l'execuziun a terzas persunas; en mintga cas ha ella l'incumbensa da la surveglianza suprema.²

Art. 6 Reglament da renconuschientscha

¹Il reglaments da renconuschientscha fixeschan per singuls certificats da scolaziun u per gruppas da certificats da scolaziun parentads spezialmain:

- a. las premissas da la renconuschientscha (art. 7);
- b. la procedura da renconuschientscha;
- c. las premissas per renconuscher certificats da scolaziun esters; e
- d. la procedura concernent l'obligaziun d'annunzia e la controlla da las qualificaziuns professiunalas da furnituras e furniturs da servetschs.³

²L'autoridad da renconuschientscha relascha il reglament da renconuschientscha suenter avair consultà las organisaziuns professiunalas e las uniuns professiunalas ch'èn participadas directamain. En cas d'ina delegaziun da l'execuziun tenor l'artigel 5 alinea 3 ha ella l'incumbensa d'approvar il reglament da renconuschientscha.

³Il reglament da renconuschientscha respectivamain l'approvaziun da tal basegna il consentiment da dus terzs da las commembras e dals commembers da l'autoridad da renconuschientscha cumpetenta cun dretg da votar.

¹ midada dals 16 da zercladur 2005

² midada dals 16 da zercladur 2005

³ midada dals 24 d'october 2013/21 da november 2013

Art. 7 Premissa da reconuschientscha

¹Las premissas da reconuschientscha numnan las pretensiuns minimalas, a las qualas in certificat da scolaziun sto satisfar. Standards svizzers da scolaziun e da professiun sco er eventualmain las pretensiuns internaziunalas ston vegnir resguardads en moda adequata en quest connex.

²Las suandantas pretensiuns ston vegnir fixadas stringentamain:

- a. la qualificaziun che vegn documentada cun il certificat; e
- b. la procedura d'examinaziun per questa qualificaziun.

³Ulteriuras pretensiuns pon vegnir fixadas, sco:

- a. la durada da la scolaziun;
- b. las premissas d'admissiun per la scolaziun;
- c. la materia d'instrucziun; e
- d. la qualificaziun da las persunas d'instrucziun.

Art. 8 Effects da la reconuschientscha

¹La reconuschientscha documentescha ch'il certificat da scolaziun corresponda a las premissas fixadas en questa cunvegna ed en il reglament da reconuschientscha correspondent.

²Ils chantuns da cunvegna concedan a las titularas ed als titulars d'in certificat da scolaziun reconuschì il medem access a las professiuns reglamentadas dal chantun sco a las persunas diplomadas correspondentamain da l'agen chantun.

³Ils chantuns da cunvegna laschan entrar las titularas ed ils titulars d'in certificat da scolaziun reconuschì sut las medemas premissas en las scolas che mainan vinavant sco las persunas diplomadas correspondentamain da l'agen chantun. Resalvadas restan la capaciad da recepciun da las scolas e las cumpensaziuns finanzialas adequatas.

⁴Titularas e titulars d'in certificat da scolaziun reconuschì èn autorisads da purtar in titel correspondent protegì, premiss ch'il reglament da reconuschientscha prevesa expressivamain quai.

Art. 9 Documentaziun, publicaziun

¹La CDEP maina ina documentaziun davart ils certificats da scolaziun renconuschids.

²Ils chantuns da cunvegna s'obligheschan da publicgar ils reglaments da renconuschientscha en ils organs uffizials da publicaziun.

Art. 10 Protecziun giuridica¹

¹Davart la contestaziun dals reglaments e da las decisiuns da las autoritads da renconuschientscha tras in chantun e davart autras dispitas tranter ils chantuns decida – sin fundament d'in plant – il tribunal federal tenor l'artitgel 120 da la lescha davart il tribunal federal².

²Cunter las decisiuns da las autoritads da renconuschientscha sco er cunter las decisiuns concernent las taxas tenor l'artitgel 12^{ter} alinea 8 pon persunas privatas pertugadas far in recurs motivà en scrit tar ina cumissiun da recurs installada da la suprastanza da la conferenza respectiva, e quai entaifer 30 dis dapi la communicaziun. Las prescripziuns da la lescha davart il tribunal administrativ federal³ vegnan applitgadas conform al senn. Las decisiuns da las cumissiuns da recurs pon vegnir contestadas da las autoritads da renconuschientscha sco er da las persunas privatas pertugadas sin basa dals artitgels 82ss. da la lescha davart il tribunal federal⁴ cun in recurs tar il tribunal federal.⁵

³La suprastanza da la conferenza respectiva regla en in reglament la cumposiziun e l'organisaziun da la cumissiun da recurs.

¹ midada dals 16 da zercladur 2005

² lescha federala dals 17 zercladur 2005 davart il tribunal federal (lescha davart il tribunal federal, LTF); CS 173.110

³ lescha federala dals 17 zercladur 2005 davart il tribunal administrativ federal (lescha davart il tribunal administrativ federal, LTAF); CS 173.32

⁴ lescha federala dals 17 zercladur 2005 davart il tribunal federal (lescha davart il tribunal federal, LTF); CS 173.110

⁵ midada dals 24 d'october 2013/21 da november 2013

Art. 11 Disposiziun penala

Tgi che porta in titel protegi en il senn da l'artitgel 8 alinea 4 senza disponer d'in certificat da scolaziun renconuschi u tgi che fa diever d'in titel che dat l'impressiun ch'el haja acquistà in certificat da scolaziun renconuschi, vegn chastia cun arrest u cun multa. Tgi che agescha per negligientscha, vegn chastia. La persecuziun penala è chaussa dals chantuns.

Art. 12 Custs e taxas¹

¹Cun resalva dals alineas 2, 3 e 4 vegnan ils custs che resultan da questa cunvegna surpigliads dals chantuns da cunvegna a norma dal dumber d'abitantas e d'abitants.

²Per emitter attestaziuns concernent la renconuschientscha posteriura naziunala d'in diplom chantunal ed attestaziuns en connex cun l'obligaziun d'annunzia da las furnituras e dals furniturs da servetschs sco er per registrar las datas ch'èn necessarias tenor l'artitgel 12^{ter} alinea 5 e per dar infurmaziuns dal register davart las personas spezialisadas dal sector da la sanadad tenor l'artitgel 12^{ter} alinea 8 pon vegnir incassadas taxas en l'import dad almain 100 francs fin maximalmain 1000 francs.

³Per decisziuns e per decisziuns da recurs concernent:

- a. la renconuschientscha posteriura naziunala d'in diplom chantunal,
- b. la renconuschientscha da diploms da professiun esters,
- c. l'obligaziun d'annunzia per furnituras e furniturs da servetschs e
- d. la controlla da las qualificaziuns professiunalas da furnituras e furniturs da servetschs

pon vegnir incassadas taxas en l'import dad almain 100 francs fin maximalmain 3000 francs.

⁴La suprastanza da la conferenza respectiva fixescha las singulas taxas da decisziun en in reglament da taxas. Ellas vegnan calculadas tenor il temp impundi e tenor la lavur impundida sco er tenor l'interess public per l'activitad respectiva.

¹ midada dals 24 d'october 2013/21 da november 2013

Art. 12^{bis} Glista da personas d'instrucziun senza permissiun d'instruir¹

¹La CDEP maina ina glista da personas d'instrucziun, da las qualas è vegnida retratga – en il rom d'ina decisiun chantunala – la permissiun d'instruir u la permissiun per pratitgar la professiun. Ils chantuns èn obligads da communitgar las datas da personas tenor l'alineia 2 al secretariat general da la CDEP, suenter che la decisiun correspondentia è entrada en vigur.

²La glista cuntegna il num da la persuna d'instrucziun, la data dal diplom u da la permissiun per pratitgar la professiun, la data da la disposiziun da retratga, l'autorità da retratga e la durada da la retratga ed eventualmain la data da la retratga dal diplom d'instrucziun. Sin basa d'ina dumonda en scrit survegnan las autoritads chantunalas e communalas en il sector da la furmaziun infurmaziuns davart in'eventuala registraziun, sch'ellas cumprovan in interess giustifitgà e sche la dumonda sa referescha ad ina tscherta persuna.

³Las personas d'instrucziun pertutgadas vegnan infurmadas davart la registraziun e davart l'extincziun da la registraziun. La persuna d'instrucziun pertutgada ha da tut temp il dretg da prender invista.

⁴Suenter che la durada è scadida, en cas che la permissiun d'instruir è puspè vegnida concedida u suenter ch'il 70avel onn da vegliadetgna è vegni cumpleni, vegn la registraziun extinguida.

⁵Cunter la registraziun sin la glista pon personas d'instrucziun pertutgadas far recurs motivà en scrit tar la cumissiun da recurs tenor l'artitgel 10 alineia 2, e quai entaifer 30 dis dapi la consegna da la comunicaziun da la registraziun.

⁶Dal rest vegnan applitgads conform al senn ils principals dal dretg davart la protecziun da datas dal chantun Berna.

¹ midada dals 16 da zercladur 2005

Art. 12^{ter} Register davart personas spezializadas dal sector da sanadad¹

¹La CDS maina in register davart las titularas ed ils titulars da certificats da scolaziun naziunals betg universitars da las professiuns dal sector da sanadad che vegnan menziunadas en l'aggiunta da questa cunvegna, sco er davart las titularas ed ils titulars da certificats da scolaziun esters che vegnan reconuschids sco adequats. En il register vegnan ultra da quai inscrites personas ch'èn s'annunziadas tenor la LAFS² e che possedan in certificat d'ina professiun tenor l'aggiunta.

²La CDS po delegar la gestiun dal register a terzas personas.

³La suprastanza da la CDS adatta l'aggiunta mintgamai al stadi il pli actual.

⁴Il register serva a proteger ed ad infurmar pazientas e pazients, ad infurmar posts naziunals ed esters, a garantir la qualitat sco er ad intents statistics. Ultra da quai serva el a simplifitgar ils process ch'èn necessariis per conceder las permissiuns per pratitgar la professiun.

⁵Il register cuntogna las datas che vegnan duvradas per cuntanscher la finamira tenor l'alineia 4. Latiers tutgan er las datas persunalas spezialmain sensibilas che vegnan numnadas en l'alineia 7 frasa 2. En il register vegn er duvrà sistematicamain il numer d'assicuranza tenor l'artitgel 50e alineia 3 da la lescha federala dals 20 da december 1946³ davart l'assicuranza per vegls e survivents per identifitgar cleramain las personas inscrites en il register sco er per actualizar las datas persunalas. La suprastanza da la CDS relascha disposiziuns pli detagliadas.

⁶Ils posts ch'èn cumpetents per conceder certificats da scolaziun naziunals ed ils posts ch'èn cumpetents per reconuscher certificats da scolaziun esters communiteschan immediatamain al post che maina il register mintga certificat da scolaziun concedi resp. reconuschì. Las autoritads chantunalas cumpetentas communiteschan immediatamain al post che maina il register la concessiun, la refusa, la privaziun e mintga midada da la permissiun per exequir la professiun, particularmain mintga restricziun da la pratica da la professiun, mintga outra mesira tenor il dretg da surveglianza sco er las personas ch'èn s'annunziadas tenor la LAFS e che dastgan pratitgar lur activitad. Las personas menziunadas en l'alineia 1 furneschan al post che maina il register tut las datas necessarias en il senn da l'alineia 5, uschenavant ch'ellas disponan da talas datas ed uschenavant che auters posts n'èn betg obligads da furnir questas datas.

¹ midada dals 24 d'october 2013/21 da november 2013

² lescha federala davart l'obligaziun d'annunziar e verifitgar las qualificaziuns professiunalas dals furniturs da servetschs tar professiuns reglamentadas (LAFS)

³ CS 831.10

⁷Las datas ch'il register cuntogna vegnan rendidas accessiblas tras ina procedura d'invista. Ils motivs per la privaziun respectivamain per la refusa da la permissiun per pratitgar la professiun sco er las datas davart restricziuns abolidas e davart autras mesiras tenor il dretg da surveglianza stattan mo a disposiziun a las autoritads ch'èn competentas per conceder las permissiuns per pratitgar la professiun sco er per la surveglianza. Il numer d'assicuranza stat a disposiziun mo al post che maina il register sco er a las autoritads ch'èn competentas per conceder las permissiuns per pratitgar la professiun. Tut las autras datas èn accessiblas publicamain.

⁸Per registrar las datas ch'èn necessarias tenor l'alineia 5 vegnan incassadas taxas tenor l'artitgel 12 da las personas numnadas en l'alineia 1, e taxas tenor l'artitgel 12 vegnan er incassadas da personas privatas e da posts extrachantunals per dar infurmaziuns ad ellas ed ad els.

⁹Tut las endataziuns tar ina persuna vegnan eliminadas dal register, cur ch'ina autoritad communitgescha la mort da questa persuna. Las datas pon alura vegnir duvradas en furma anonimizada per intents statistics. La registraziun d'admoniziuns, da reprimandas e da multas vegn extinguida 5 onns suenter ch'ellas èn vegnidas ordinadas, la registraziun da restricziuns da la permissiun 5 onns suenter ch'ellas èn vegnidas abolidas. En cas da la registraziun d'in scumond limità da pratitgar la professiun vegn inscritta – 10 onns suenter sia aboliziun – l'annotaziun «extingui» en il register.

¹⁰La persuna spezialisada pertutgada dal sector da la sanadad ha da tut temp il dretg da prender invista

¹¹Dal rest vegnan applitgads confirm al senn ils princips dal dretg davart la protecziun da datas dal chantun Berna.

Art. 13 Participaziun/desditga

¹La participaziun a questa convegna vegn declerada envers la suprastanza da la CDEP. Questa communitgescha la decleraziun da participaziun al cussegl federal.

²La convegna po vegnir desditga mintgamai cun la fin d'in onn chalendar, resguardond in termin da 3 onns.

Art. 14 Entrada en vigur

La supranstanz da la CDEP metta en vigur la cunvegna, sche almain 17 chantuns èn sa participads e sch'ella è vegnida approvada da la confederaziun.

Berna, ils 18 da favrer 1993

En num da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Il president:

Peter Schmid

Il secretari general:

Moritz Arnet

Concludida da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica en encliegientscha cun la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da sanadad¹ e da la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals dals affars socials².

L'approvaziun da la confederaziun (departament federal da l'intern) è vegnida concedida ils 24 da november 1994.

La cunvegna è entrada en vigur il 1. da schaner 1995.

Da la cunvegna fan part tut ils chantuns (stadi da l'avust 1997).

¹ midada dals 16 da zercladur 2005

² midada dals 16 da zercladur 2005

Midadas dals 16 da zercladur 2005

Las midadas èn vegnidas concluidas da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica e da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da sanadad en enclegientscha cun la conferenza da las directuras e dals directurs chantunals dals affars socials.

La suprastanza da la CDEP metta en vigur la midada da la cunvegna, cur che tut ils chantuns da cunvegna èn sa participads. Ella sto vegnir communitgada a la confederaziun.

Berna, ils 16 da zercladur 2005

En num da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica

Il president:

Hans Ulrich Stöckling

Il secretari general:

Hans Ambühl

La midada dals 16 da zercladur 2005 è entrada en vigur il 1. da schaner 2008.

Midadas dals 24 d'october/21 da november 2013

Las midadas èn vegnidas concludidas da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica (24 d'october 2013) e da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da sanadad (21 da november 2013).

La suprastanza da la CDEP metta en vigur la midada da la cunvegna, cur che tut ils chantuns da cunvegna èn sa participads. Ella sto vegnir communitgada a la confederaziun.

Braunwald, ils 24 d'october 2013

En num da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da l'educaziun publica

La presidenta:

Isabelle Chassot

Il secretari general:

Hans Ambühl

Agiunta¹

Agiunta tenor l'artitgel 12^{ter} alinea 1 CI:

osteopata ed osteopat cun diplom interchantunal CDS
 logopeda diplomada e logoped diplomà (CDEP)
 cussegliadra e cussegliader da nutriment SAS*
 ergoterapeuta ed ergoterapeut SAS*
 spendera SAS*
 fisioterapeuta e fisioterapeut SAS*
 tgirunza e tgirunz (SSS/SAS*)
 spezialista e spezialist d'activaziun SSS
 analitica biomedicala ed analiticher biomedical SSS
 igienica ed igienicher da dents SSS
 droghista e droghista SSS
 spezialista e spezialist da radiologia medicinal-tecnica SSS/Bachelor of Science
 HES-SO en Technique en radiologie médicale* **
 spezialista e spezialist da tecnica d'operaziun SSS
 ortopedista ed ortopedist SSS
 podologa e podolog SSS
 sanitaria e sanitari da salvament SSS
 massadra medicala e massader medical cun certificat professiunal federal
 optica ed opticher AFQ
 tgirunza e tgirunz da sanadad* ***

¹ conclus da la conferenza svizra da las directuras e dals directurs chantunals da sanadad dals 8 da mars 2012; entrà en vigur il 1. da schaner 2013

* La registraziun sa chatta actualmain mo en il register da la crusch cotschna svizra (CCS).

** Studi permess, ma limità fin al cumenzament dal semester d'enviern 2014/15, che vegn actualmain purschi mo a la scola auta spezialisada da la Svizra franzosa (SASSO).

*** La concessiun da diploms va a fin l'onn 2013.

Adesione del Cantone dei Grigioni all'Accordo intercantonale del 18 febbraio 1993 sul riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali

Modifica del ...

Il Gran Consiglio del Cantone dei Grigioni,

visto l'art. 31 cpv. 2 della Costituzione cantonale,

visto il messaggio del Governo del ...,

decide:

I.

La decisione del 27 febbraio 1995/25 aprile 2006 concernente l'adesione del Cantone dei Grigioni all'Accordo intercantonale del 18 febbraio 1993 sul riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali è modificata come segue:

Numero 1a

Il Cantone dei Grigioni approva le modifiche del 24 ottobre 2013/21 novembre 2013 dell'Accordo intercantonale del 18 febbraio 1993 sul riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali.

II.

La presente decisione è soggetta a referendum facoltativo.

4.1.1.

**Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione (CDPE)
Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità (CDS)¹**

Accordo intercantonale sul riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali

del 18 febbraio 1993

Art. 1 Scopo

¹L'accordo stabilisce le regole per il riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali cantonali, per la gestione di una lista degli insegnanti ai quali è stato ritirato il diritto d'insegnare e di un registro dei professionisti della salute.²

²Esso regola, in applicazione del diritto nazionale e internazionale, il riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali esteri³, nonché l'applicazione dell'obbligo di dichiarazione al quale sottostanno i prestatori di servizi.⁴

³Esso favorisce il libero accesso alla formazione superiore e all'esercizio della professione. Contribuisce a garantire la qualità della formazione in tutta la Svizzera.

⁴Esso costituisce la base per accordi tra la Confederazione e i cantoni secondo l'articolo 16 capoverso 2 della Legge federale sulle scuole universitarie professionali.⁵

¹ Modifica del 16 giugno 2005

² Modifica del 16 giugno 2005

³ Modifica del 16 giugno 2005

⁴ Modifica del 24 ottobre 2013/21 novembre 2013

⁵ Modifica del 16 giugno 2005

Art. 2 Campo di applicazione

¹Il presente accordo si applica a tutte le formazioni e a tutte le professioni che sono regolamentate dai cantoni.

Art. 3 Collaborazione con la Confederazione¹

¹Nei campi in cui le competenze sono ripartite tra Confederazione e cantoni vanno ricercate delle soluzioni d'intesa.

²La collaborazione con la Confederazione si esplica in particolare nei seguenti campi:

- a. riconoscimento degli attestati di maturità (attitudine generale per intraprendere degli studi superiori),
- b. riconoscimento degli attestati di maturità professionale, e in generale, dell'attitudine ad intraprendere degli studi in una scuola universitaria professionale,
- c. riconoscimento dei diplomi per l'insegnamento nelle scuole professionali,
- d. definizione dei principi che regolano l'offerta di cicli di studio sanciti da un diploma nel campo delle scuole universitarie professionali, e
- e. consultazione e partecipazione dei cantoni nelle questioni internazionali.

³La conclusione d'accordi come previsto dall'articolo 1 capoverso 4 è di competenza dell'Assemblea plenaria della CDPE. Nel campo delle professioni della salute, la CDS deve essere associata a tutti i negoziati svolti in vista della conclusione di un accordo.

Art. 4 Autorità di riconoscimento

¹L'autorità di riconoscimento è la CDPE. La CDS riconosce diplomi scolastici e professionali nei campi di sua competenza, sempre che la competenza non spetti alla Confederazione.²

²Ogni cantone che ha aderito all'accordo dispone di un voto. Gli altri cantoni hanno voto consultivo.

¹ Modifica del 16 giugno 2005

² Modifica del 16 giugno 2005

Art. 5 Applicazione dell'accordo

¹La CDPE è incaricata dell'applicazione dell'accordo.

²A tale scopo collabora con la Confederazione e con la Conferenza universitaria svizzera in tutte le questioni concernenti i diplomi universitari.¹

³La CDS applica l'accordo nel campo di sua competenza. Può affidare l'incarico a terzi, ma resta, in ogni caso, responsabile per la vigilanza.²

Art. 6 Regolamenti di riconoscimento

¹I regolamenti di riconoscimento fissano per tutti i diplomi scolastici e professionali o per delle categorie di diploma, in particolare:

- a. le condizioni di riconoscimento (articolo 7),
- b. la procedura per il riconoscimento,
- c. le condizioni per il riconoscimento dei diplomi scolastici e professionali esteri, e
- d. la procedura relativa all'obbligo dei prestatori di servizi di dichiarare le loro qualifiche professionali e alla verifica di queste qualifiche.³

²L'autorità di riconoscimento emana il regolamento di riconoscimento dopo aver consultato le organizzazioni e le associazioni professionali direttamente interessate. Se l'incarico è affidato a terzi secondo l'articolo 5 capoverso 3, essa deve approvare il regolamento di riconoscimento.

³Il regolamento di riconoscimento, rispettivamente la sua approvazione, devono essere accettati da almeno i due terzi dei membri aventi diritto di voto dell'autorità di riconoscimento competente.

¹ Modifica del 16 giugno 2005

² Modifica del 16 giugno 2005

³ Modifica del 24 ottobre 2013/21 novembre 2013

Art. 7 Condizioni di riconoscimento

¹Le condizioni di riconoscimento precisano le esigenze minime che i diplomi scolastici e professionali devono soddisfare. Si terrà conto in modo adeguato dei modelli relativi alla formazione e alla professione esistenti in Svizzera, così come di eventuali esigenze internazionali.

²Il regolamento deve disciplinare:

- a. le qualifiche che il diploma attesta, e
- b. il modo con il quale dette qualifiche sono valutate.

³Può, ulteriormente, contenere altre prescrizioni quali:

- a. la durata della formazione,
- b. le condizioni per essere ammessi alla formazione,
- c. i contenuti dell'insegnamento, e
- d. le qualifiche richieste al corpo insegnante.

Art. 8 Effetti del riconoscimento

¹Il riconoscimento attesta che il diploma scolastico e professionale soddisfa le condizioni previste dal presente accordo e dallo specifico regolamento di riconoscimento.

²I cantoni che hanno aderito all'accordo garantiscono, ai titolari e alle titolari di un diploma riconosciuto, il medesimo diritto d'accesso alle professioni regolamentate sul piano cantonale di quello accordato ai loro cittadini e cittadine in possesso di un diploma corrispondente.

³I cantoni che hanno aderito all'accordo autorizzano i titolari e le titolari di un diploma riconosciuto a frequentare le scuole d'ordine superiore alle stesse condizioni previste per i loro cittadini e cittadine in possesso di un diploma corrispondente. Resta riservato il diritto di stabilire le restrizioni dovute alle possibilità d'assunzione nelle singole scuole e di esigere un'adeguata partecipazione finanziaria.

⁴I titolari e le titolari di un diploma riconosciuto hanno il diritto di portare il titolo corrispondente e garantito, nella misura in cui il regolamento di riconoscimento lo preveda in modo esplicito.

Art. 9 Documentazione, pubblicazione

¹La CDPE allestisce una documentazione sui diplomi scolastici e professionali.

²I cantoni che hanno accettato l'accordo s'impegnano a pubblicare i regolamenti di riconoscimento sul foglio ufficiale.

Art. 10 Protezione giuridica¹

¹Ogni contestazione da parte di un cantone nei confronti dei regolamenti e delle decisioni prese dalle autorità di riconoscimento così come ogni disputa tra cantoni può essere oggetto di un'azione al Tribunale federale giusta l'articolo 120 della Legge sul Tribunale federale².

²Contro le decisioni delle autorità di riconoscimento, nonché contro decisioni concernenti le tasse previste nell'articolo 12^{ter} capoverso 8, la persona coinvolta, può inoltrare, entro 30 giorni dalla notifica, presso la commissione di ricorso istituita dal Comitato della conferenza competente, un ricorso scritto e debitamente motivato. Le disposizioni della Legge sul Tribunale amministrativo federale³ si applicano per analogia. Le decisioni delle commissioni di ricorso possono essere oggetto di un ricorso da parte dell'autorità di riconoscimento o della persona coinvolta presso il Tribunale federale, ai sensi dell'articolo 82ss. della Legge sul Tribunale federale^{4, 5}.

³Il Comitato della conferenza competente stabilisce in un regolamento la composizione e l'organizzazione della commissione di ricorso.

¹ Modifica del 16 giugno 2005

² Legge federale del 17 giugno 2005 sul Tribunale federale (Legge sul Tribunale federale, LTF); RS 173.110

³ Legge federale del 17 giugno 2005 sul Tribunale amministrativo federale (Legge sul Tribunale amministrativo federale, LTAF); RS 173.32

⁴ Legge federale del 17 giugno 2005 sul Tribunale federale (Legge sul Tribunale federale, LTF); RS 173.110

⁵ Modifica del 24 ottobre 2013/21 novembre 2013

Art. 11 Disposizioni penali

Chiunque si attribuisce un titolo riconosciuto ai sensi dell'articolo 8 capoverso 4 del presente accordo, senza essere titolare di un diploma scolastico o professionale, o che usa un titolo che dia l'impressione che egli detenga un tale diploma, è punibile con l'arresto o con la multa. La negligenza è pure punibile. L'azione giudiziaria spetta ai cantoni.

Art. 12 Spese e tasse¹

¹Le spese derivanti dal presente accordo sono a carico dei cantoni firmatari in proporzione al numero degli abitanti. Restano riservate le disposizioni dei capoversi 2, 3 e 4.

²Per il rilascio di un attestato concernente il riconoscimento retroattivo a livello nazionale di un diploma cantonale o la dichiarazione delle qualifiche professionali di un prestatore di servizi, nonché per la registrazione dei dati necessari ai sensi dell'articolo 12^{ter}, capoverso 5, e per la comunicazione di informazioni dal registro dei professionisti della salute ai sensi dell'articolo 12^{ter}, capoverso 8, possono essere percepite delle tasse da un minimo di 100franchi a un massimo di 1000 franchi.

³Per decisioni o decisioni su ricorsi concernenti

- a. il riconoscimento retroattivo a livello nazionale di un diploma cantonale,
- b. il riconoscimento di un diploma scolastico e professionale estero,
- c. l'obbligo dei prestatori di servizi di dichiarare le loro qualifiche professionali, e
- d. la verifica delle qualifiche professionali dei prestatori di servizi,

possono essere percepite delle tasse da un minimo di 100 franchi a un massimo di 3000 franchi.

⁴Il Comitato della conferenza competente fissa in un regolamento il montante delle singole tasse di decisione calcolate in base al tempo e al lavoro necessario per il disbrigo, nonché secondo l'interesse pubblico per l'attività concernente.

¹ Modifica del 24 ottobre 2013/21 novembre 2013

Art. 12^{bis} Lista degli insegnanti ai quali è stato revocato il diritto all'insegnamento¹

¹La CDPE tiene una lista degli insegnanti ai quali è stata revocata, per decisione cantonale, l'autorizzazione ad insegnare. I cantoni hanno l'obbligo di comunicare al Segretariato generale della CDPE i dati personali, secondo il capoverso 2, quando la relativa decisione è entrata in vigore.

²La lista contiene il nome dell'insegnante, la data dell'ottenimento del diploma o dell'autorizzazione all'esercizio della professione, la data della revoca dell'autorizzazione all'insegnamento, il nome dell'autorità competente, la durata della revoca dell'autorizzazione all'insegnamento, nonché eventualmente la data del ritiro del diploma. Le autorità cantonali e comunali possono, con richiesta scritta, ottenere queste informazioni a condizione che provano il loro interesse legittimo e che la domanda riguarda una persona precisa.

³Ogni insegnante che figura sulla lista intercantonale è informato della sua registrazione o della soppressione di quest'ultima. In ogni momento ha il diritto di consultare le informazioni che lo concernono.

⁴La registrazione è cancellata quando l'autorizzazione all'insegnamento è ripristinata, quando il periodo di ritiro è terminato o quando la persona coinvolta ha compiuto 70 anni.

⁵Ogni insegnante registrato nella lista può, entro 30 giorni dalla notifica, inoltrare contro la decisione un ricorso scritto e debitamente motivato, presso la commissione di ricorso, come previsto dall'articolo 10 capoverso 2 del presente accordo.

⁶Per il resto, si applicano per analogia i principi di diritto inerenti alla protezione dei dati del cantone Berna.

¹ Modifica del 16 giugno 2005

Art. 12^{ter} Registro dei professionisti della salute¹

¹La CDS tiene un registro dei titolari di diplomi scolastici e professionali, svizzeri non universitari, nelle professioni della salute elencate nell'allegato al presente accordo, nonché dei titolari di diplomi esteri riconosciuti come equivalenti. Il registro rileva inoltre le persone che hanno dichiarato le loro qualifiche professionali secondo la LDPS² e che sono titolari di un diploma in una delle professioni indicate nell'allegato.

²La CDS può delegare la tenuta del registro a terzi.

³Il Comitato della CDS tiene aggiornato l'allegato.

⁴Il registro serve alla protezione e all'informazione dei pazienti, all'informazione di servizi svizzeri ed esteri, a garantire la qualità, nonché a scopi statistici. Inoltre, serve a semplificare le procedure necessarie al rilascio delle autorizzazioni all'esercizio della professione.

⁵Il registro contiene i dati necessari al raggiungimento degli obiettivi indicati nel capoverso 4, compresi i dati personali degni di particolare attenzione indicati nel capoverso 7, seconda frase. Per identificare precisamente le persone iscritte al registro e per aggiornare i loro dati personali, nel registro si utilizza pure sistematicamente il numero d'assicurato AVS ai sensi dell'articolo 50e, capoverso 3 della Legge federale del 20 dicembre 1946 sull'assicurazione per la vecchiaia e per i superstiti³. Il Comitato della CDS emana disposizioni dettagliate.

⁶I servizi competenti per il rilascio di diplomi svizzeri e per il riconoscimento di diplomi esteri comunicano senza indugio al servizio che tiene il registro ogni rilascio e ogni riconoscimento di un diploma. Le autorità cantonali competenti comunicano senza indugio al servizio che tiene il registro ogni rilascio, rifiuto, ritiro e modifica dell'autorizzazione all'esercizio della professione, in particolare ogni restrizione all'esercizio della professione e qualsiasi altra misura disciplinare, nonché l'identità delle persone che hanno dichiarato le loro qualifiche professionali ai sensi della LDPS e sono abilitate all'esercizio della loro professione. Le persone indicate al capoverso 1 indicano al servizio che tiene il registro tutti i dati necessari ai sensi del capoverso 5 in loro possesso, a meno che il compito di fornire questi dati non spetti ad altri servizi.

¹ Modifica del 24 ottobre 2013/21 novembre 2013

² Legge federale sull'obbligo di dichiarazione e sulla verifica delle qualifiche professionali dei prestatori di servizi in professioni regolamentate (LDPS)

³ RS 831.10

⁷È possibile consultare in rete i dati contenuti nel registro. Tuttavia, i motivi del ritiro o del rifiuto di un'autorizzazione all'esercizio, nonché i dati relativi a restrizioni abolite e a altre misure disciplinari, possono essere consultate soltanto dalle autorità competenti per il rilascio dell'autorizzazione all'esercizio dell'attività, nonché dalle autorità di vigilanza. Il numero d'assicurato AVS è a disposizione unicamente del servizio che tiene il registro e delle autorità competenti per il rilascio dell'autorizzazione all'esercizio dell'attività. Tutti gli altri dati possono essere consultati liberamente.

⁸In conformità all'articolo 12 sono tenuti a pagare una tassa le persone indicate nel capoverso 1 per la registrazione dei dati necessari ai sensi del capoverso 5, e le persone private e i servizi extracantonali per il rilascio d'informazioni.

⁹Tutte le iscrizioni nel registro sono cancellate quando un'autorità annuncia il decesso della persona interessata. I dati possono in seguito essere utilizzati a scopo statistico in forma anonimizzata. Le iscrizioni di avvertimenti, ammonimenti e multe sono cancellate dal registro cinque anni dopo la loro notifica, l'iscrizione di restrizioni dell'autorizzazione all'esercizio cinque anni dopo la revoca della restrizione. Il divieto temporaneo di esercizio della professione è annullato nel registro con la menzione «cancellato» dieci anni dopo la sua soppressione.

¹⁰I professionisti della salute coinvolti hanno in ogni momento il diritto di consultare le informazioni personali loro concernenti.

¹¹Per il resto, si applicano per analogia i principi di diritto sulla protezione dei dati del cantone Berna.

Art. 13 Adesione/Denuncia

¹Le dichiarazioni d'adesione al presente accordo vanno inoltrate al Comitato della CDPE che le comunicherà al Consiglio federale.

²L'accordo può essere denunciato per la fine di ogni anno civile con un termine di preavviso di tre anni.

Art. 14 Entrata in vigore

Il Comitato della Conferenza dei direttori della pubblica educazione decide l'entrata in vigore dell'accordo quando almeno 17 cantoni hanno presentato l'atto d'adesione e dopo che l'accordo sia stato approvato dalla Confederazione.

Berna, 18 febbraio 1993

In nome della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione

Il presidente:

Peter Schmid

Il segretario generale:

Moritz Arnet

Deciso dalla Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione con l'accordo della Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori¹ cantonali della sanità e la Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali².

La Confederazione (DFI) ha approvato l'accordo il 24 novembre 1994.

L'accordo è entrato in vigore il 1° gennaio 1995.

All'accordo aderiscono tutti i cantoni (stato agosto 1997).

Modifiche del 16 giugno 2005

Le modifiche sono state decise dalla Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione e dalla Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità con l'accordo della Conferenza delle direttrici e dei direttori cantonali delle opere sociali.

¹ Modifica del 16 giugno 2005

² Modifica del 16 giugno 2005

Il Comitato della CDPE decide l'entrata in vigore delle modifiche dell'accordo quando tutti i cantoni firmatari dell'accordo del 1993 le hanno approvate. La Confederazione ne sarà informata.

Berna, 16 giugno 2005

In nome della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione

Il presidente:

Hans Ulrich Stöckling

Il segretario generale:

Hans Ambühl

Le modifiche del 16 giugno 2005 sono entrate in vigore il 1° gennaio 2008.

Modifiche del 24 ottobre 2013/21 novembre 2013

Le modifiche sono state decise dalla Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione (24 ottobre 2013) e dalla Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità (21 novembre 2013).

Il Comitato della CDPE mette in vigore le modifiche dell'accordo quando tutti i cantoni firmatari le hanno approvate. La Confederazione ne sarà informata.

Braunwald, 24 ottobre 2013

In nome della Conferenza svizzera dei direttori cantonali della pubblica educazione

La presidente:

Isabelle Chassot

Il segretario generale:

Hans Ambühl

Allegato¹

Allegato ai sensi dell'articolo 12^{ter} capoverso 1 IKV

Osteopata con diploma intercantonale CDS

Logopedista dipl. (CDPE)

Dietista SUP*

Ergoterapista SUP*

Levatrice SUP*

Fisioterapista SUP*

Infermiera e infermiere (SSS/SUP*)

Specialista d'attivazione SSS

Tecnica in analisi biomediche e tecnico in analisi biomediche SSS

Igienista dentale SSS

Droghiere SSS

Tecnica e tecnico di radiologia medica SSS/Bachelor of Science HES-SO en

Technique en radiologie médicale* **

Tecnica e tecnico di sala operatoria SSS

Ortottista SSS

Podologa e podologo SSS

Soccorritrice e soccorritore SSS

Massaggiatrice medica e massaggiatore medico con attestato professionale federale

Ottica e ottico AFC

Infermiera e infermiere di salute pubblica* ***

¹ Decisione della Conferenza svizzera delle direttrici e dei direttori cantonali della sanità dell'8 marzo 2012; entrata in vigore il 1° gennaio 2013

* Rilevati attualmente solo nel Registro della Croce Rossa Svizzera (CRS)

** Ciclo di studio offerto unicamente alla Scuola universitaria professionale della Svizzera occidentale (HES-SO) e autorizzato a termine fino all'inizio del semestre invernale 2014/15.

*** Il rilascio dei diplomi termina alla fine del 2013.

Geltendes Recht

Beitritt des Kantons Graubünden zur Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993

Gestützt auf Art. 2 Ziff. 2 der Kantonsverfassung ¹⁾

vom Volke beschlossen am 25. Juni 1995 ²⁾

-
1. Der Kanton Graubünden tritt der Interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 bei. ³⁾
 2. ... ⁴⁾
 3. ⁵⁾Übertretungen gemäss Artikel 11 der Vereinbarung werden vom Erziehungs-, Kultur- und Umweltschutzdepartement beurteilt. Das Verfahren richtet sich nach den Bestimmungen über das Strafverfahren vor Verwaltungsbehörden.
 4. Die Regierung vollzieht diesen Beschluss. ⁶⁾

¹⁾ In der neuen KV Art. 16 und 17; BR 110.100

²⁾ B vom 31. Oktober 1994, 504; GRP 1994/95, 859

³⁾ Mit Beschluss vom 25. April 2006 hat der Grosse Rat der Teilrevision vom 16. Juni 2005 der interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 zugestimmt. B vom 10. Januar 2006, 1409; GRP 2005/2006, 1125;

Gemäss Ziffer 3 des GRB unterliegen die Ziffern 1 und 2 des GRB dem fakultativen Referendum. Die Referendumsfrist ist am 9. August unbenutzt abgelaufen; mit RB vom 12. Dezember 2006 auf den 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt.

⁴⁾ Aufgehoben gemäss Gesetz über die Anpassung von Beitrittsbeschlüssen und -bestimmungen zu Konkordaten und Vereinbarungen an die Kantonsverfassung; AGS 2005, KA_2052 und KA_3268; am 1. November 2005 in Kraft getreten

⁵⁾ Fassung gemäss Anhang Ziffer 5 EGzStPO, KA 2010, 2404; am 1. Januar 2011 in Kraft getreten

⁶⁾ Mit RB vom 4. Juli 1995 den Beitritt erklärt

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
(Erziehungsdirektorenkonferenz)
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und
-direktoren (Gesundheitsdirektorenkonferenz)¹⁾

Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen

vom 18. Februar 1993

Art. 1

^{1 2)}Die Vereinbarung regelt die Anerkennung kantonaler Ausbildungsabschlüsse, die Führung einer Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsbe-
rechtigung sowie eines Registers über Gesundheitsfachpersonen. Zweck

^{2 3)}Sie regelt in Anwendung nationalen und internationalen Rechts die An-
erkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse.

³Sie fördert den freien Zugang zu weiterführenden Schulen und zur Be-
rufsausübung. Sie hilft mit, die Qualität der Ausbildungen für die gesamte
Schweiz sicherzustellen.

^{4 4)}Sie bildet die Grundlage für Vereinbarungen zwischen Bund und Kan-
tonen gemäss Artikel 16 Absatz 2 des Fachhochschulgesetzes des Bundes.

Art. 2

Die Vereinbarung gilt für alle Ausbildungen und Berufe, deren Regelung Geltungsbereich
in die Zuständigkeit der Kantone fällt.

Art. 3

¹In den Bereichen, in denen sowohl der Bund wie die Kantone zuständig Zusammenarbeit
mit dem Bund⁵⁾
sind, sind gemeinsame Lösungen anzustreben.

²Die Zusammenarbeit mit dem Bund erfolgt insbesondere in den Berei-
chen

- a. Anerkennung der Maturität (allgemeine Hochschulreife),
- b. Anerkennung der Fachmaturität im Besonderen und der Fachhoch-
schulreife im Allgemeinen,

¹⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

²⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

³⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

⁴⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

⁵⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

- c. Anerkennung der Lehrdiplome für Berufsfachschulen,
- d. Festlegung der Grundsätze für das Angebot an Diplomstudiengängen im Fachhochschulbereich und
- e. Mitsprache und Mitwirkung der Kantone in internationalen Angelegenheiten.

³ Die Zuständigkeit für den Abschluss von Vereinbarungen gemäss Artikel 1 Absatz 4 liegt bei der Plenarversammlung der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). Im Bereich der Gesundheitsberufe ist die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) in die Verhandlungen zum Abschluss einer Vereinbarung einzubeziehen.

Art. 4

Anerkennungs-
behörde

¹ ¹ Anerkennungsbehörde ist die EDK. Die GDK anerkennt Ausbildungsabschlüsse in ihrem Zuständigkeitsbereich, sofern nicht der Bund zuständig ist.

² Jeder Kanton, der der Vereinbarung beiträgt, hat eine Stimme. Die übrigen Kantone haben beratende Stimme.

Art. 5

Vollzug der
Vereinbarung

¹ Die Erziehungsdirektorenkonferenz vollzieht die Vereinbarung.

² ² Sie arbeitet dabei zusammen mit dem Bund und mit der Schweizerischen Universitätskonferenz in allen Fragen der universitären Ausbildungsabschlüsse.

³ ³ Die Gesundheitsdirektorenkonferenz vollzieht die Vereinbarung in ihrem Zuständigkeitsbereich. Sie kann den Vollzug an Dritte übertragen; in jedem Fall obliegt ihr die Oberaufsicht.

Art. 6

Anerkennungs-
reglemente

¹ Anerkennungsreglemente legen für einzelne Ausbildungsabschlüsse oder für Gruppen verwandter Ausbildungsabschlüsse insbesondere fest:

- a. die Voraussetzungen der Anerkennung (Artikel 7),
- b. das Anerkennungsverfahren und
- c. die Voraussetzungen für die Anerkennung ausländischer Ausbildungsabschlüsse.

² Die Anerkennungsbehörde erlässt nach Anhören der unmittelbar beteiligten Berufsorganisationen und Berufsverbände das Anerkennungsreglement. Im Fall einer Delegation des Vollzugs gemäss Artikel 5 Absatz 3 obliegt ihr die Genehmigung des Anerkennungsreglements.

¹) Änderung vom 16. Juni 2005

²) Änderung vom 16. Juni 2005

³) Änderung vom 16. Juni 2005

³ Das Anerkennungsreglement, bzw. dessen Genehmigung, bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der stimmberechtigten Mitglieder der zuständigen Anerkennungsbehörde.

Art. 7

¹ Die Anerkennungsvoraussetzungen nennen die minimalen Anforderungen, denen ein Ausbildungsabschluss genügen muss. Schweizerische Ausbildungs- und Berufsstandards sowie allenfalls internationale Anforderungen sind dabei in angemessener Weise zu berücksichtigen. Anerkennungsvoraussetzungen

² Die folgenden Anforderungen sind zwingend festzuhalten:

- a. die mit dem Abschluss ausgewiesene Qualifikation und
- b. das Prüfungsverfahren für diese Qualifikation.

³ Weitere Anforderungen können festgehalten werden, wie:

- a. die Dauer der Ausbildung,
- b. die Zulassungsvoraussetzungen zur Ausbildung,
- c. die Lehrgegenstände und
- d. die Qualifikation des Lehrpersonals.

Art. 8

¹ Die Anerkennung weist aus, dass der Ausbildungsabschluss den in dieser Vereinbarung und im betreffenden Anerkennungsreglement festgelegten Voraussetzungen entspricht. Wirkungen der Anerkennung

² Die Vereinbarungskantone gewähren den Inhabern und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses den gleichen Zugang zu kantonal reglementierten Berufen wie den entsprechend diplomierten Angehörigen des eigenen Kantons.

³ Die Vereinbarungskantone lassen Inhaber und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses unter den gleichen Voraussetzungen zu weiterführenden Schulen zu wie entsprechend diplomierte Angehörige des eigenen Kantons. Vorbehalten bleiben die Aufnahmekapazität der Schulen und angemessene finanzielle Abgeltungen.

⁴ Inhaber und Inhaberinnen eines anerkannten Ausbildungsabschlusses sind berechtigt, einen entsprechenden geschützten Titel zu tragen, sofern das Anerkennungsreglement dies ausdrücklich vorsieht.

Art. 9

¹ Die Erziehungsdirektorenkonferenz führt eine Dokumentation über die anerkannten Ausbildungsabschlüsse. Dokumentation, Publikation

²Die Vereinbarungskantone verpflichten sich, die Anerkennungsreglemente in den amtlichen Publikationsorganen zu veröffentlichen.¹⁾

Art. 10

Rechtsschutz²⁾

¹Über die Anfechtung von Reglementen und Entscheiden der Anerkennungsbehörden durch einen Kanton und über andere Streitigkeiten zwischen den Kantonen entscheidet auf staatsrechtliche Klagen hin das Bundesgericht gemäss Artikel 83 litera b des Bundesgesetzes über die Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943.

¹⁾ Reglemente: für die Anerkennung der Diplome in bildender Kunst, AGS 1996, 3694; über die Anerkennung der Diplome für höhere Ausbildung in Musik, AGS 1997, 3963; über die Anerkennung der Diplome für Erwachsenenbildner und Erwachsenenbildnerin, AGS 1998, 4150; über die Anerkennung der Lehrdiplome in Schulischer Heilpädagogik, AGS 1998, 4467 und KA 2007, 2738; über die Anerkennung der Lehrdiplome für Maturitätsschulen, AGS 1998, 4473 und KA 2007, 2734; über die Anerkennung von gymnasialen Maturitätsausweisen, AGS 2000, 4912; für die Anerkennung der Diplome der höheren Fachschulen für Soziale Arbeit, AGS 2000, 4921; über die Anerkennung kantonaler Fachhochschuldiplome, AGS 2000, 4927; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarstufe, AGS 2000, 4932 und KA 2007, 2742; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Sekundarstufe I, AGS 2000, 4938 und KA 2007, 2745; des SRK über die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 416; des SRK über die Anerkennung von kantonalen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 420; der SDK über die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen, KA 2001, 423; der SDK über die Anerkennung kantonaler Ausbildungsabschlüsse im Gesundheitswesen in der Schweiz, KA 2001, 426; der SDK über die Anerkennung kantonaler Fachhochschuldiplome im Gesundheitswesen, KA 2002, 2068; Statut der SDK für die einheitliche Prüfung der Chiropraktoren und Chiropraktorinnen in der Schweiz, KA 2004, 1897; Reglement über die Interkantonale Chiropraktorenprüfung KA 2004, 1901; über die Anerkennung der Abschlüsse von Zusatzausbildungen für den Lehrberuf KA 2007, 2833; über die Anerkennung der Hochschuldiplome in Logopädie und der Hochschuldiplome in Psychomotoriktherapie KA 2007, 2826; über die Anerkennung von Berufsmaturitätsausweisen für die Zulassung zu den universitären Hochschulen (Passarellenreglement); über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen KA 2007, 2639; über die Anerkennung der Diplome im Bereich der Sonderpädagogik (Vertiefungsrichtung Heilpädagogische Früherziehung und Vertiefungsrichtung Schulische Heilpädagogik) KA 2011, 02; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Vorschulstufe und der Primarstufe KA 2011, 11; über die Anerkennung von Hochschuldiplomen für Lehrkräfte der Sekundarstufe I KA 2011, 20; Interkantonale Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (Berufsfachschulvereinbarung, BFSV) KA 2011, 28; der GDK über die Anerkennung und Nachprüfung von ausländischen Berufsqualifikationen in Osteopathie, KA 2012, 4089; über die Änderung der Gebührenverordnung der GDK, KA 2013, 911

²⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

² Gegen Entscheide der Anerkennungsbehörden kann von betroffenen Privaten binnen 30 Tagen seit Eröffnung bei einer vom Vorstand der jeweiligen Konferenz eingesetzten Rekurskommission schriftlich und begründet Beschwerde erhoben werden. Die allgemeinen Verfahrensgrundsätze des Bundesgesetzes über das Verwaltungsverfahren vom 20. Dezember 1968 finden sinngemäss Anwendung. Entscheide der Rekurskommissionen können gemäss Artikel 84 Absatz 1 literae a und b des Bundesgesetzes über die Bundesrechtspflege vom 16. Dezember 1943 beim Bundesgericht mit staatsrechtlicher Beschwerde angefochten werden.

³ Der Vorstand der jeweiligen Konferenz regelt die Zusammensetzung und die Organisation der Rekurskommission in einem Reglement.

Art. 11

Wer einen im Sinne von Artikel 8 Absatz 4 geschützten Titel führt, ohne über einen anerkannten Ausbildungsabschluss zu verfügen, oder wer einen Titel verwendet, der den Eindruck erweckt, er habe einen anerkannten Ausbildungsabschluss erworben, wird mit Haft oder Busse bestraft.¹⁾ Fahrlässigkeit ist strafbar. Die Strafverfolgung obliegt den Kantonen. Strafbestimmung

Art. 12

¹ Die Kosten, die sich aus dieser Vereinbarung ergeben, werden unter Vorbehalt von Absatz 2 und 3 von den Vereinbarungskantonen nach Massgabe der Einwohnerzahl getragen. Kosten²⁾

² Für Entscheide und Beschwerdeentscheide betreffend die nachträgliche gesamtschweizerische Anerkennung eines kantonalen Diploms oder die Anerkennung ausländischer Berufsdiplome können Entscheidgebühren in der Höhe von mindestens Fr. 100.– bis höchstens Fr. 2 000.– erhoben werden. Die Entscheidgebühr bemisst sich nach dem Zeit- und Arbeitsaufwand für die Bearbeitung des Anerkennungsgesuchs.

³ Der Vorstand der jeweiligen Konferenz legt die einzelnen Entscheidgebühren in einem Gebührenreglement fest.

Art. 12^{bis}

¹ Die EDK führt eine Liste über Lehrpersonen, denen im Rahmen eines kantonalen Entscheides die Unterrichtsberechtigung oder die Berufsausübungsbewilligung entzogen wurde. Die Kantone sind verpflichtet, die Personendaten gemäss Absatz 2 dem Generalsekretariat der EDK nach Rechtskraft des entsprechenden Entscheides mitzuteilen. Liste über Lehrpersonen ohne Unterrichtsberechtigung³⁾

¹⁾ Zulässige Strafe richtet sich nach Art. 4 Abs. 1 StPO (nur noch Busse)

²⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

³⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

² Die Liste enthält den Namen der Lehrperson, das Datum des Diploms oder der Berufsausübungsbewilligung, das Datum der Entzugsverfügung, die Entzugsbehörde und die Dauer des Entzugs, gegebenenfalls das Datum des Entzugs des Lehrdiploms. Kantonale und kommunale Behörden im Bildungsbereich erhalten auf schriftliche Anfrage hin Auskunft über eine allfällige Eintragung, wenn sie ein berechtigtes Interesse nachweisen und sich die Anfrage auf eine bestimmte Person bezieht.

³ Den betroffenen Lehrpersonen wird vom Eintrag und von der Löschung des Eintrags Kenntnis gegeben. Das Einsichtsrecht der betroffenen Lehrperson ist jederzeit gewährleistet.

⁴ Nach Ablauf der Entzugsdauer, bei Wiedererteilung der Unterrichtsbezeichnung oder nach Vollendung des 70. Altersjahrs wird der Eintrag gelöscht.

⁵ Betroffene Lehrpersonen können sich gegen den Listeneintrag innert 30 Tagen seit Zustellung des Eintragungsbescheides bei der Rekurskommission gemäss Artikel 10 Absatz 2 schriftlich und begründet beschweren.

⁶ Im Übrigen finden die Grundsätze des Datenschutzrechtes des Kantons Bern sinngemäss Anwendung.

Art. 12^{ter}

Register über Gesundheitsfachpersonen¹⁾

¹ Die GDK führt ein Register über die Inhaberinnen und Inhaber von in- und ausländischen Ausbildungsabschlüssen in den im Anhang zu dieser Vereinbarung aufgeführten Gesundheitsberufen. Sie kann diese Aufgabe an Dritte delegieren.

² Das Zentralsekretariat der GDK passt den Anhang jeweils dem neuesten Stand an.

³ Das Register dient dem Schutz und der Information von Patientinnen und Patienten, der Information von in- und ausländischen Stellen, der Qualitätssicherung sowie zu statistischen Zwecken.

⁴ Das Register enthält die Personendaten (Name, Mädchenname, Geburtsdatum und Geburtsort, Nationalität) der Diplominhaberinnen und -inhaber. Es enthält ausserdem die Diplomart, das Datum und den Ort der Diplomausstellung sowie Angaben zu allfälligen von den zuständigen Behörden erteilten Berufsausübungsbewilligungen einschliesslich deren Erlöschen. Entzug, Verweigerung und Änderungen der Bewilligungen sowie andere rechtskräftige aufsichtsrechtliche Massnahmen werden unter Nennung der verfügenden Behörde und Angabe des Verfügungsdatums im Register eingetragen.

⁵ Die für die Diplomerteilung zuständigen und die in den Kantonen mit der Aufsicht über die Berufe des Gesundheitswesens betrauten Stellen sorgen für die unverzügliche Übermittlung der Daten.

¹⁾ Änderung vom 16. Juni 2005

⁶ Bei Nachweis eines berechtigten Interesses werden auf schriftliche Anfrage Auskünfte über konkrete Einträge gemäss Absatz 4 Satz 1 und 2, insbesondere an kantonale und ausländische Behörden, Krankenversicherer und Arbeitgeber erteilt. Auskünfte über Einträge betreffend aufsichtsrechtliche Massnahmen werden nur den für die Erteilung von Berufsausübungsbewilligungen zuständigen Behörden erteilt.

⁷ Für die Erteilung von Auskünften an Private und ausserkantonale Stellen wird eine Kanzleigebühr erhoben.

⁸ Alle Eintragungen zu einer Person werden mit Vollendung des 70. Lebensjahres oder wenn eine Behörde deren Ableben meldet aus dem Register entfernt. Verwarnungen, Verweise und Bussen werden fünf Jahre nach deren Anordnung, der Eintrag von Einschränkungen der Berufsausübung fünf Jahre nach deren Aufhebung im Register mit dem Vermerk "gelöscht" versehen. Beim Eintrag eines befristeten Berufsausübungsverbotes wird zehn Jahre nach dessen Aufhebung der Vermerk "gelöscht" angebracht.

⁹ Das Einsichtsrecht der betroffenen Gesundheitsfachpersonen ist jederzeit gewährleistet.

¹⁰ Im Übrigen finden die Grundsätze des Datenschutzrechtes des Kantons Bern sinngemäss Anwendung.

Art. 13

¹ Der Beitritt zu dieser Vereinbarung wird dem Vorstand der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren gegenüber erklärt. Dieser teilt die Beitrittserklärung dem Bundesrat mit.

Beitritt/Kündigung

² Die Vereinbarung kann je auf Ende eines Kalenderjahres, unter Beachtung einer Frist von drei Jahren, gekündigt werden.

Art. 14

¹ Der Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz setzt die Vereinbarung in Kraft, wenn ihr mindestens 17 Kantone beigetreten sind ¹⁾ und wenn sie vom Bund genehmigt ²⁾ worden ist.

In-Kraft-Treten

² ¹⁾ Von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren im Einvernehmen mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren und der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren beschlossen.

³ Die Änderungen vom 16. Juni 2005 wurden von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren und der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren im Einvernehmen mit der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren beschlossen.

¹⁾ Von der EDK am 27. Oktober 1994 auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzt

²⁾ Vom EDI am 24. November 1994 genehmigt

⁴ Der Vorstand der Erziehungsdirektorenkonferenz setzt die Änderung der Vereinbarung in Kraft, wenn ihr sämtliche Vereinbarungskantone beigetreten sind. Sie ist dem Bund zur Kenntnis zu geben. ¹⁾

Bern, 18. Februar 1993

Der Präsident	Der Generalsekretär
Peter Schmid	Moritz Arnet

Bern, 16. Juni 2005

Der Präsident	Der Generalsekretär
Hans Ulrich Stöckling	Hans Ambühl

Anhang gemäss Art. 12^{ter} Abs. 1

Chiropraktorinnen und Chiropraktoren
 Osteopathinnen und Osteopathen
 Pflegefachfrauen und -fachmänner
 Krankenschwestern und -pfleger in allgemeiner Krankenpflege
 Krankenschwestern und -pfleger in psychiatrischer Krankenpflege
 Krankenschwestern und -pfleger in Kinderkrankenpflege,
 Wochen- und Säuglingspflege
 Krankenschwestern und -pfleger in integrierter Krankenpflege
 Pflegefachfrauen und -fachmänner DNI
 Krankenpflegerinnen und -pfleger FA SRK
 Gesundheitsschwestern und -pfleger
 Technische Operationsfachfrauen und -fachmänner
 Rettungsanitäterinnen und Rettungsanitäter
 Hebammen
 Medizinische Laborantinnen und Laboranten
 Podologinnen und Podologen
 Medizinische Masseurinnen und Masseur
 Fachleute in medizinisch-technischer Radiologie
 Orthoptistinnen und Orthoptisten
 Ernährungsberaterinnen und -berater
 Ergotherapeutinnen und Ergotherapeuten
 Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten
 Dentalhygienikerinnen und Dentalhygieniker
 Fachangestellte Gesundheit

¹⁾ Die Änderungen vom 16. Juni 2005 sind durch den Vorstand auf den 1. Januar 2008 in Kraft gesetzt worden